BUNDESKANZLER
WILLY BRANDT STIFTUNG

Beatrice Fihn

Deutschland und das internationale nukleare Abrüstungsregime

Willy Brandt Vorlesung Willy Brandt Lecture 2020

Schriftenreihe
Heft 35

HERAUSGEBERIN
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand
Prof. Dr. Ulrich Schöler, Vorsitzender
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Paula Lutum-Lenger

REDAKTION
Dr. Wolfram Hoppenstedt
Malte Mau M.A.

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung mit Sitz in Berlin wird aus dem Bundeshaushalt finanziert und unterliegt der Rechtsaufsicht der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Hauptgeschäftsstelle
Wilhelmstraße 43
D-10117 Berlin
www.willy-brandt.de

Willy-Brandt-Haus Lübeck
Königstraße 21
D-23552 Lübeck

GESTALTUNG
Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK
Gieselmann Medienhaus GmbH

© Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d. ö. R.
Printed in Germany 2021
ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-34-8

Beatrice Fihn

Deutschland und das internationale nukleare Abrüstungsregime

Willy Brandt Lecture 2020

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 35

Beatrice Fihn, geboren 1982 in Göteborg, ist eine schwedische Juristin und seit dem 1. Juli 2014 Geschäftsführerin der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Beatrice Fihn nahm den Preis stellvertretend für ihre Organisation in Oslo entgegen.

INHALT

Willy Brandt –
Stationen seines Lebens **6**

Vorwort **8**

Bundestagspräsident a. D. Dr. h.c. Wolfgang Thierse **13**
Einführung durch den Vorsitzenden des Kuratoriums der
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Willy Brandt Lecture 2020 **21**
Beatrice Fihn
Deutschland und das internationale nukleare Abrüstungsregime

Vorwärts-Interview mit Beatrice Fihn am 2. November 2020 **34**

QUELLENANHANG

„Politik der Entspannung – jetzt erst recht“ **37**
Auszüge aus dem Beitrag des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt,
für ein Buch zum 50. Geburtstag des norwegischen Politikers
Reiulf Steen
5. Mai 1983

Auszüge aus der Rede des Ehrenvorsitzenden der SPD, **44**
Willy Brandt, auf dem Kongress der Internationalen Ärzte
für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) in Berlin
28. Februar 1992

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933–1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945–1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949–1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950–1971	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955–1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957–1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964–1987	Vorsitzender der SPD
1966–1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969–1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969–1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976–1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977–1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979–1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987–1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

VORWORT

Eine Welt frei von Atomwaffen – dieser Vision ist die Menschheit am 24. Oktober 2020 vielleicht einen bedeutenden Schritt nähergekommen. An diesem Tag ratifizierte Honduras als 50. Staat den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen. Damit wurde das Inkrafttreten der UN-Konvention binnen 90 Tagen ausgelöst.

Vor diesem Hintergrund freut sich die Stiftung sehr, dass es gelungen ist, Beatrice Fihn als Rednerin für die Willy Brandt Lecture 2020 zu gewinnen. Sie ist die Geschäftsführerin der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen.

ICAN ist ein internationales Bündnis aus mittlerweile über 500 Nichtregierungsorganisationen in mehr als 100 Ländern – von Gewerkschaften über religiöse und humanitäre Institutionen bis hin zu Umweltschutzorganisationen –, die sich für einen bindenden völkerrechtlichen Vertrag, eine „Atomwaffenkonvention", einsetzen.

Im Jahr 2017 wurde ICAN mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, für ihre Arbeit, „die Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen zu lenken und für ihre bahnbrechenden Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen", wie es in der Begründung hieß. Beatrice Fihn nahm den Preis am 10. Dezember 2017 stellvertretend für ihre Organisation in Oslo entgegen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2007 setzte sich ICAN in zahlreichen Kampagnen für die Unterstützung eines Vertrags zum völkerrechtlichen Verbot von Atomwaffen ein, von denen 30 Jahre nach Ende des Kalten Krieges weltweit noch rund 27.000 existieren. Aber auch neue Atommächte kamen seither auf den Plan. Am 7. Juli 2017 stimmten schließlich 122 Staaten der Vereinten Nationen für ein entsprechendes Abkommen. Die bisher bekannten Atommächte sowie die meisten NATO-Staaten nahmen an den Verhandlungen nicht teil, auch die Bundesrepublik Deutschland fehlte.[1]

1 Die Bundesregierung bleibt, wie sie auf eine Kleine Anfrage der Linken am 20. April 2018 erklärte, dem Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen verpflichtet und setze sich entschlossen für die weltweite verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein. Die Bundesregierung halte den Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen für nicht geeignet, das von ihr angestrebte Ziel tatsächlich und in nachprüfbarer Weise zu erreichen. Keiner der Nuklearwaffenstaaten, auf deren Mitwirkung es bei einer an echtem Fortschritt orientierten nuklearen Abrüstung in erster Linie ankommt, habe sich an den Verhandlungen beteiligt. Die Besorgnis der Bundesregierung gelte insbesondere der wichtigen Frage der Verifikation der Umsetzung eines sogenannten Atomwaffenverbots.

Damals wie heute ist klar: Im Fall eines umfassenden Krieges würde Mitteleuropa mit höchster Wahrscheinlichkeit in ein atomares Schlachtfeld verwandelt.

Seit dem Inkrafttreten des UN-Atomwaffenverbotsvertrags am 22. Januar 2021, Mitternacht, sind diese Massenvernichtungswaffen nun völkerrechtlich geächtet, ein beachtlicher Erfolg für ICAN.

Das vorliegende Heft der Schriftenreihe dokumentiert die Willy Brandt Lecture 2020 mit Beatrice Fihn zum Thema „Deutschland und das nukleare Abrüstungsregime". Aufgrund der Corona-Pandemie fand die Lecture am 2. November erstmalig als ein Online-Format statt.

Fihns Rede ist ein leidenschaftlicher Appell an die Vernunft, im Besonderen auch an die politisch Verantwortlichen in Deutschland. Denn wie Setsuko Thurlow, die mit 13 Jahren den Atomangriff auf Hiroshima überlebte, in ihrer Rede auf dem Festakt zur Friedensnobelpreisverleihung an ICAN erklärte: „Jede Sekunde, jeden Tag gefährden Atomwaffen jeden, den wir lieben und alles, was uns wichtig ist. Diesen Wahnsinn dürfen wir nicht länger tolerieren. Alle verantwortungsvollen Staaten müssen das Verbot unterzeichnen. Und die Geschichte wird die hart richten, die es ablehnen."

Auch Willy Brandt hat sich für eine Welt ohne Atomwaffen eingesetzt. In der Zeit des Kalten Krieges, als sich im geteilten Europa die NATO im Westen und der Warschauer Pakt im Osten feindlich gegenüberstanden und ihre atomar bewaffneten Raketen aufeinander richteten, war er ein Vorkämpfer für die Entspannung und die nukleare Abrüstung. Schon seit den 1950er Jahren warnte Brandt wegen des atomaren Vernichtungspotenzials vor einem Dritten Weltkrieg, der keinen Sieger haben würde und die Auslöschung der Menschheit bedeuten könnte. Als politischer Realist betonte der Sozialdemokrat aber immer auch, dass die westlichen Demokratien bereit und fähig sein mussten, sich gegen äußere Bedrohungen zu verteidigen.

In der NATO, mit den Vereinigten Staaten als stärkste Macht des Westens, sah Willy Brandt einen unverzichtbaren Garanten für Frieden und Freiheit in Westeuropa. Als Außenminister hatte er 1968 großen Anteil daran, dass das transatlantische Bündnis zusätzlich zu den eigenen Verteidigungsanstrengungen und Abschreckungsfähigkeiten erstmals auch eine Politik der Entspannung gegenüber dem Osten für notwendig erklärte, um den Frieden dauerhaft zu bewahren.

Im selben Jahr hielt Brandt zudem eine Rede bei der Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten, bei der er den Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen bekräftigte und die Atommächte zur Abrüstung aufrief. Eine seiner ersten außenpolitischen Maßnahmen, die er nach seiner Wahl zum Bundeskanzler ergriff, war die Unterzeichnung des „Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen“ am 28. November 1969. Mit diesem Schritt wurde der Weg frei für Verhandlungen und Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion und deren Verbündeten in Osteuropa. Nicht zuletzt für seine Neue Ostpolitik, die den Frieden in Europa sicherer machte und sich langfristig die Schaffung einer Europäischen Friedensordnung zum Ziel setzte, wurde Willy Brandt am 10. Dezember 1971 der Friedensnobelpreis verliehen.

Im Anhang dieses Heftes sind zwei zur Willy Brandt Lecture 2020 von Beatrice Fihn thematisch passende Quellen aus Brandts Feder abgedruckt. Sie wurden Band 10 der Edition „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“ entnommen. Der erste Beitrag stammt aus dem Frühjahr 1983, als die Debatte um den NATO-Doppelbeschluss die Schlagzeilen bestimmte. Ende 1979 hatten die NATO-Staaten beschlossen, ab Herbst 1983 als „Antwort“ auf sowjetische SS-20-Atomraketen neue amerikanische Pershing II sowie Cruise Missiles mit atomaren Sprengköpfen in Westeuropa zu stationieren, falls bis dahin Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion ergebnislos bleiben würden. Seit Ende der 1970er Jahre war das Verhältnis der beiden Supermächte wieder in eine Phase verschärfter Konfrontation geraten. Ein neuer Rüstungswettlauf hatte begonnen, über den Willy Brandt sich zutiefst besorgt zeigte. Der SPD-Vorsitzende und SI-Präsident sah die Früchte der Entspannungspolitik bedroht und stemmte sich mit aller Kraft gegen das atomare Wettrüsten. „Politik der Entspannung – jetzt erst recht“, forderte Brandt 1983. Eine Wiederaufnahme und Fortsetzung der Entspannungspolitik sei ohne Alternative; Sicherheit auf Dauer nicht durch militärische Mittel allein, und schon gar nicht durch „weitere Aufhäufung neuer Waffensysteme“ erreichbar. Sie sei, so der Friedensnobelpreisträger, im „Zeitalter gegenseitig gesicherter Zerstörung“ nicht mehr allein vor dem potentiellen Gegner, sondern nur noch mit ihm erreichbar. Das war die Maxime des Konzepts der „Gemeinsamen Sicherheit“, das Egon Bahr 1982 für die von Olof Palme geleitete „Unabhängige Internationale Kommission für Abrüstung und Sicherheit“ entwickelt hatte.

Bei dem zweiten Dokument handelt es sich um eine Rede, die Willy Brandt, inzwischen Ehrenvorsitzender der SPD, Ende Februar 1992 vor dem Kongress der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges in Berlin gehalten hat.

Der Kalte Krieg zwischen Ost und West war 1990 für beendet erklärt worden, Deutschland wurde im gleichen Jahr wiedervereint. Brandts Sorge galt nun vor allem der weiteren Verbreitung von Atomwaffen. Im Interesse einer kollektiven Sicherheit, so sagte er, wäre es „allemal vernünftig, das Teufelszeug weltweit kontrolliert zu vernichten“. Eine weitere Proliferation dieser Massenvernichtungswaffen könne nur durch „Systeme kollektiver Sicherheit“ verhindert bzw. konterkariert werden. In diesem Zusammenhang plädierte der Elder Statesman für eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen.

Wenige Monate später, am 8. Oktober 1992, verstarb der bedeutende europäische Staatsmann und Friedenspolitiker an seinem letzten Wohnort Unkel bei Bonn.

Dr. Wolfram Hoppenstedt Malte Mau MA

DR. H.C. WOLFGANG THIERSE

Einführung durch den Vorsitzenden des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Ich möchte Sie sehr herzlich zur Willy Brandt Lecture 2020 begrüßen! Nach zwölf Jahren ist dies die erste Lecture, die in einem reinen Online-Format stattfindet. Die Corona-Pandemie hat uns, wie bei manch anderem Programmangebot seit März, zur Neuplanung gezwungen. Ich befinde mich daher nicht wie gewohnt im Allianz Forum am Pariser Platz, sondern in unserem Forum Willy Brandt Berlin in der Behrenstraße.

Ich begrüße Sie alle an Ihren heimischen Bildschirmen!

Einen besonders herzlichen Gruß aber sende ich an unsere Rednerin in Genf: Beatrice Fihn, die Generalsekretärin der Internationen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen! Kurz: ICAN.

Sehr geehrte Frau Fihn, Kuratorium und Vorstand unserer Bundesstiftung danken Ihnen sehr herzlich für Ihre Bereitschaft, die Willy Brandt Lecture 2020 zu halten. Ihre Lecture hat einen besonders hohen Stellenwert, denn sie ist Bestandteil des großen Erinnerungsprogramms unserer Stiftung an die Kanzlerschaft Willy Brandts vor 50 Jahren. Sehr gerne hätten wir Sie hier in Berlin willkommen geheißen und auch einen persönlichen Austausch mit Ihnen geführt. Was uns nun verwehrt bleibt, lässt sich vielleicht eines Tages nachholen. Umso mehr freuen wir uns, dass wir auf diesem digitalen Weg die Lecture doch noch realisieren können – und zweifelsohne über das Internet eine beträchtliche Reichweite damit erzielen werden.

Seit fast einem Jahr nun schon hält ein winziges Virus unseren ganzen Planeten fest im Griff und hat eine globale Wirtschafts- und Sozialkrise ausgelöst, wie sie die Menschheit zumindest in diesem Jahrhundert noch nicht erlebt hat.

Noch sehr viel winziger als ein Covid-19-Virus – kaum vorstellbar 500-mal kleiner – ist ein Uran- oder Plutonium-Atom, bei dessen Spaltung ungeheure Energien freigesetzt werden.

Mit einem grellen Lichtblitz, heller als tausend Sonnen, wurde am frühen Morgen des 16. Juli 1945 in der Wüste von New Mexico das Atomzeitalter eingeleitet. Mit dem Trinity-Test hatten die Amerikaner ihr gigantisches Manhattan-Projekt erfolgreich abgeschlossen. Die Nachricht von der Testexplosion erreichte

Präsident Truman nur wenige Kilometer von hier entfernt, auf der Potsdamer Konferenz der Siegermächte über Hitler-Deutschland im Schloss Cecilienhof. Josef Stalin war durch sein engmaschiges Spionagenetz längst im Bilde und gab seinerseits sofort den Befehl, die sowjetische Forschung an der Atombombe zu intensivieren.

Auf seiner Rückreise über den Atlantik unterzeichnete Präsident Truman dann den Freigabebefehl zum Einsatz der Atombombe gegen Japan, das zu diesem Zeitpunkt noch immer Krieg führte. Das Deutsche Reich hatte bekanntermaßen bereits am 8. Mai bedingungslos kapituliert.

Ein großes Glück, oder Gott sei Dank, muss man im Rückblick sagen, denn sonst wäre diese furchtbare Waffe möglicherweise auch gegen unser Land zum Einsatz gekommen …

Am 6. und 9. August 1945 wurden die bisher unzerstörten Städte Hiroshima und Nagasaki durch eine Uranbombe und eine Plutoniumbombe faktisch ausgelöscht.

„Mein Gott, was haben wir getan!“, schrieb Robert Lewis, der Co-Pilot der *Enola Gay*, in das Bordbuch seines B-29-Bombers; die *Enola Gay* wird nun schon seit einigen Jahren im Nationalen Luftfahrt- und Raumfahrtmuseum der USA ausgestellt. Nicht die gesamte amerikanische Öffentlichkeit hat die Entscheidung zu diesem Exponat begrüßt.

Zehntausende Menschen, vor allem Zivilisten, verglühten in Hiroshima und Nagasaki im Bruchteil einer Sekunde. Rund 200.000 Menschen wurden schwer verletzt. Viele von ihnen starben nach kurzer Zeit oder wenige Wochen später. Und dabei ahnte noch niemand – auch nicht die amerikanischen Experten, die schon im September als Vertreter der Besatzungsmacht mit ihren Vor-Ort-Studien über die Auswirkungen der Atomexplosionen begannen –, welch fatale Folgen die radioaktive Strahlung langfristig auf die Menschen und ihre Nachkommen haben würde.

Bis zum heutigen Tag leben die Bürger von Hiroshima und Nagasaki im Schatten der Atombomben-Abwürfe. Aus Sicht der Amerikaner hatten *Little Boy* und *Fat Man* ihren Zweck erfüllt: Japan kapitulierte kurz darauf bedingungslos. Der Zweite Weltkrieg war beendet.

Bis heute ist laut Umfragen eine Mehrheit der Amerikaner der Meinung, dass die atomare Auslöschung von zwei Städten gerechtfertigt war. Diese Sicht teilten und teilen natürlich besonders amerikanische Veteranen. Hunderttausende weitere Opfer, so das Argument, hätten so bei der Invasion der japanischen Hauptinseln vermieden werden können. Viele andere sehen in den Atombombenabwürfen ein Kriegsverbrechen oder sogar ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Vor 75 Jahren also haben die Amerikaner den bösen Geist der nuklearen Zerstörungsmacht aus der Flasche geholt. Der Zweite Weltkrieg war beendet. Große Hoffnungen ruhten auf einer neuen Internationalen Friedensordnung im Zeichen der schon im Juni 1945 in San Francisco gegründeten Vereinten Nationen.

Wäre es damals, noch vor Beginn des Kalten Krieges, möglich gewesen, den bösen Geist wieder in die Flasche zu verbannen und die Atomwaffen einfach wieder „abzuschaffen“?

Sicher eine naive Vorstellung.

Immerhin gab es den ernst gemeinten Vorschlag, die Atomwaffen unter die Kontrolle der Vereinten Nationen zu stellen. Dazu waren die USA nicht bereit. Zu verführerisch war dieses neue Machtinstrument – zumal, wenn man exklusiv darüber verfügt.

Und so trat ein, was zu erwarten war: Die Sowjetunion zog 1949 mit der eigenen Atombombe nach. Wenig später folgten Großbritannien, Frankreich und schließlich die Volksrepublik China. Das klassische Quintett der Atommächte war geboren. Der große nukleare Rüstungswettlauf in einem globalen Kalten Krieg hatte begonnen, bald im Schatten einer noch viel mächtigeren Waffe: der Wasserstoffbombe.

Dass die Menschheit den Kalten Krieg trotz mehrfacher Kapazität zu einem nuklearen Overkill überlebt hat – über die aktuelle Gefährdungssituation werden wir heute mehr hören –, mutet im Rückblick schon fast wie ein Wunder an.

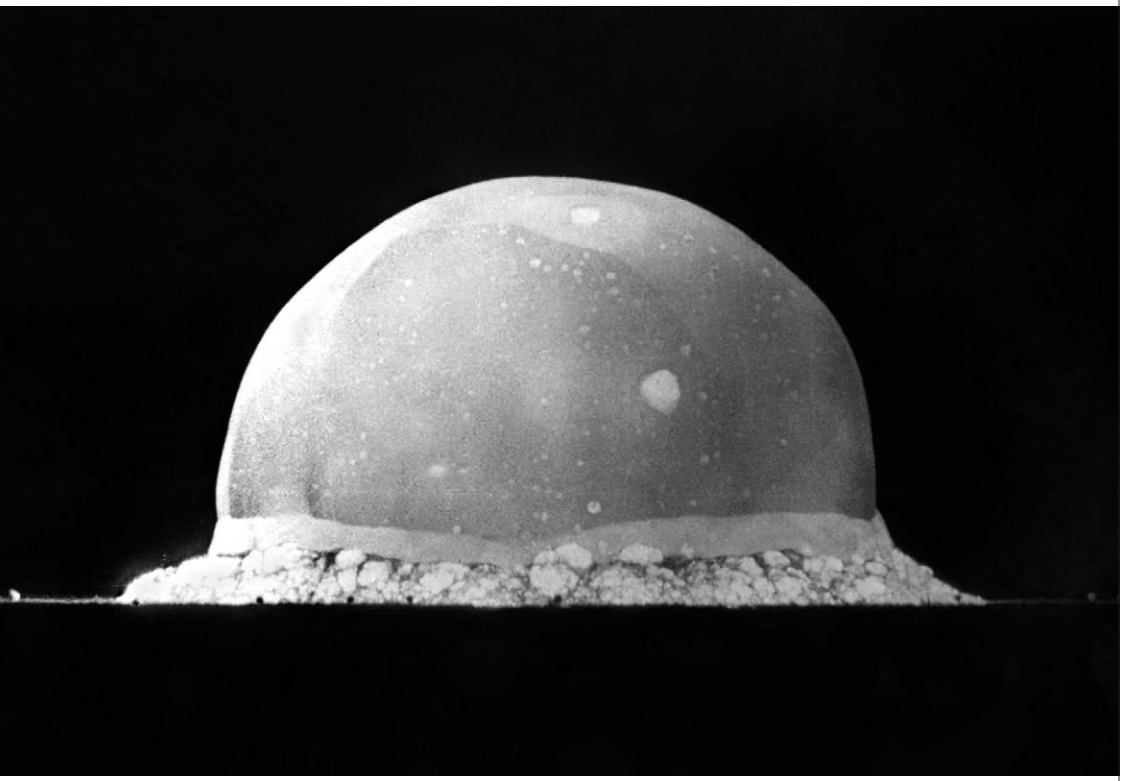
Heute wissen wir: Ost und West standen nicht nur während der Kubakrise am Abgrund eines Atomkriegs! Wie leicht hätte das nukleare Inferno einfach durch einen Irrtum oder durch eine Fehl- oder Überreaktion ausgelöst werden können, wie etwa im Jahr 1983?

Die Geschichte der Atomrüstung ist zugleich auch eine Geschichte der Bemühungen um Rüstungskontrolle und um Abrüstung.

Willy Brandts Wirken als Politiker und Staatsmann fiel im Wesentlichen in die Zeit des Ost-West-Konflikts.

Brandt war ein politischer Realist.

Für ihn waren die Vereinigten Staaten die wichtigste, ja unverzichtbare Schutzmacht des Westens für Demokratie und Freiheit. In dieser Hinsicht war er also ganz klar ein „Atlantiker“. Sicher hat auch Brandt lange Zeit an die Notwendigkeit



Der Geist ist aus der Flasche: Die sogenannte Feuerblase der Trinity-Explosion 0,025 Sekunden nach der Zündung.

eines „atomaren Schutzschirms“ durch die USA geglaubt, um eine glaubhafte Verteidigungsfähigkeit des Westens aufrechtzuerhalten.

Aber zugleich gehörte er, schon als Regierender Bürgermeister von Berlin, zu denjenigen, die nicht nur der Notwendigkeit, ja dem Zwang zu einer „friedlichen Existenz“ zwischen Ost und West das Wort redeten, sondern eine Politik der Annäherung zwischen den Blöcken forderten.

Um Vertrauen aufzubauen.

Um den Frieden sicherer und eine wechselseitige Abrüstung wahrscheinlicher und sogar möglich zu machen.

Es sei heute daran erinnert, dass die erste Maßnahme, die die im Oktober 1969 neu ins Amt gekommene sozial-liberale Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel umsetzte, die Unterschrift der Bundesrepublik Deutschland unter den Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrag war. Dieses Projekt war innenpolitisch höchst umstritten, gehörte doch auch die DDR zu den Signaturstaaten.

Das Versprechen, das die damaligen Atommächte im Atomwaffensperrvertrag gaben, nämlich auf eine vollständige nukleare Abrüstung hinzuwirken, ist bis heute unerfüllt.

Es folgte dann eine Zeit der großen Rüstungskontrollverträge zwischen Washington und Moskau. Wohlgemerkt nur immer zwischen diesen beiden Supermächten! Stichwort: SALT. Ende der 1970er Jahre brach mit der erneuten Verschärfung des Kalten Krieges ein neuer Rüstungswettlauf los.

Zum Entsetzen Willy Brandts.

Er fühlte sich um die Früchte seiner Entspannungspolitik betrogen und wurde zu einem vehementen Gegner dieses Rüstungswahnsinns. Der Altbundeskanzler stellte sich vor die Friedensbewegung. Sprach von den zur Stationierung in Westeuropa neu vorgesehenen Mittelstreckenraketen als „Teufelszeug“. Unvergessen bleibt sein Redeauftritt im Bonner Hofgarten, in jenem „heißen Herbst 1983“ in der Bundesrepublik.

Im gleichen Jahr erschien sein Buch „Der organisierte Wahnsinn“ über den globalen Rüstungswettlauf und seine Folgen. Darin wiederholte er seine Forderung nach globaler Abrüstung und Nutzung der freiwerdenden Ressourcen zur Überwindung des Ungleichgewichts zwischen Nord und Süd.

Dann kam Gorbatschow. Und das Jahr 1989.

Welche Hoffnungen verbanden viele Menschen vor 30 Jahren nicht nur in Europa und Nordamerika, sondern in vielen Teilen dieser Welt mit dem Ende des

Kalten Krieges!

Die Frage sei dahingestellt, ob wir uns nicht längst schon wieder in einem neuen Kalten Krieg befinden.

Welche neuen Möglichkeiten und Chancen taten sich nun auf! Für eine Neuordnung der Welt!

Und wenn wir jetzt gedanklich einen Sprung in die Gegenwart machen, frage ich mich: Wie entsetzt wäre Willy Brandt wohl, wenn er erführe, dass der INF-Vertrag von 1987 zur Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenraketen aufgekündigt wurde?

Die aktuelle globale politische Situation ist aus vielerlei Gründen besorgniserregend.

Das Ende des Kalten Krieges hat die Gefahr einer nuklearen Katastrophe nicht beseitigt. Die Zahl der Atommächte ist gestiegen. Und darunter befinden sich Staaten, deren internationales Gebaren zum Teil besorgniserregend ist. Es liegen weltweit derzeit noch über 13.000 Atomwaffen in den Arsenalen. Viele gelten als technisch veraltet. Aber statt sie abzuschaffen, werden diese Waffen modernisiert! Sie werden noch schneller, noch zielgenauer und tatsächlich von der Wirkung noch kleiner. Sie sollen eingesetzt werden können! Ein begrenzter Atomkrieg soll führbar gemacht werden!

Welch eine Hybris!

In wenigen Monaten, im Februar, läuft der New-Start-Vertrag zur Begrenzung des nuklearen Potenzials der USA und Russlands aus. Wenn das eintritt, gäbe es seit Jahrzehnten erstmals kein gemeinsames Abrüstungsabkommen mehr.

Was ist mit der Vision von einer atomwaffenfreien Welt?

Welche Chancen bestehen für die Vision, die Präsident Obama formuliert hat?

Können wir zumindest eine neue Rüstungsspirale noch vermeiden?

Und in welcher politischen Verantwortung steht nicht zuletzt auch das vereinte Deutschland, das selbst auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet hat, jedoch nach wie vor auf eine „nukleare Teilhabe“ im Rahmen des NATO-Bündnisses setzt.

Auf diese bedeutsamen Fragen erwarten wir in unserer diesjährigen Willy Brandt Lecture mit großem Interesse Antworten von Beatrice Fihn, der Geschäftsführerin der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen.

ICAN ist ein Bündnis aus über 500 Friedensgruppen und Organisationen, die sich seit Jahren für nukleare Abrüstung engagieren. Der größte Erfolg der Kampagne ist der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen, der im Juli 2017 in New York unterzeichnet wurde und im kommenden Jahr geltendes Völkerrecht werden wird.

Im Dezember 2017 wurde ICAN für ihr Engagement gegen Atomwaffen mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Willy Brandt hätte diese Entscheidung des Nobelpreiskomitees gewiss begrüßt!

Beatrice Fihn, eine gebürtige Schwedin, nahm die Auszeichnung in Oslo stellvertretend für ihre Organisation entgegen.

Ihre Arbeit, sehr geehrte Frau Fihn, ist wichtig, ja vielleicht sogar überlebenswichtig! Dass ICAN mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, ist ein großartiges Beispiel dafür, dass Engagement für eine gute und richtige Sache, das vielleicht im ganz Kleinen beginnt, zu etwas ganz Großem werden und Enormes bewegen kann!

Das haben Sie mit ICAN geschafft!

An vorderster Stelle mit dem Vertrag, den Sie auf UN-Ebene mit Erfolg auf den Weg gebracht haben. Auch wenn das nur ein Schritt auf einem noch langen Weg sein kann.

Ich danke Ihnen nochmals, dass Sie die Willy Brandt Lecture 2020 halten – und übergebe nun zu Ihnen nach Genf!

Herzlichen Dank!

WILLY BRANDT LECTURE 2020

BEATRICE FIHN

DEUTSCHLAND UND DAS INTERNATIONALE NUKLEARE ABRÜSTUNGSREGIME[2]

Es ist mir eine besondere Ehre, heute hier bei Ihnen zu Gast zu sein, und ich danke der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, dass sie dies möglich gemacht hat – zumal Willy Brandt und ICAN wichtige Gemeinsamkeiten haben: eine tiefe Besorgnis in Bezug auf Atomwaffen und die feste Überzeugung, dass wir dieser Bedrohung ein Ende setzen müssen. Und natürlich den Friedensnobelpreis.

Heute möchte ich über die Bedrohung durch Kernwaffen sprechen und deutlich machen, dass das Aushandeln von Verträgen und die multilaterale Zusammenarbeit sich maßgeblich auf das Handeln von Regierungen auswirken können – und dadurch letztlich beeinflussen, wie die Welt als Ganzes funktioniert.

Ich möchte die humanitären, die rationalen und die rechtlichen Argumente gegen Atomwaffen und für ein vertragliches Verbot beleuchten. So unterschiedlich die jeweiligen Gründe auch sein mögen, zögere ich doch, sie voneinander zu trennen. Denn das humanitäre Argument ist eine Quelle und wirkt auch als Verstärkung des rationalen und des rechtlichen Arguments. Das rechtliche Argument greift auf humanitäres Recht zurück, das wiederum in gemeinsamen moralischen und rationalen Werten verankert ist. Und das rationale Argument trägt aktiv zur rechtlichen Umsetzung und zu vernünftigen Entscheidungen bei, die in unserem höchsten moralischen und humanitären Gut verankert sind.

Zusammengenommen bildet dieses Geflecht von Argumenten eine kohärente, umfassende und einleuchtende Begründung für die notwendige Abschaffung von Atomwaffen.

Das humanitäre Argument

Unser Weg zum Verbotsvertrag begann dort, wo alle Diskurse zum Thema Atomwaffen zwangsläufig beginnen: bei den verheerenden, schier unvorstellbaren humanitären Folgen des Einsatzes nuklearer Waffen.

Die atomare Bedrohung fühlt sich für viele so überwältigend und die Zerstörung

2 Aus dem Englischen übersetzt von Ingrun Wenge.

so allumfassend an, dass die breite Öffentlichkeit instinktiv dazu neigt, mit Verleugnung zu reagieren und in eine Art Angststarre zu verfallen.

Martin Luther King hat es eloquent auf den Punkt gebracht: „Die Tatsache, dass die Menschen die Wahrheit über das Wesen und die Gefahr eines Atomkrieges die meiste Zeit aus ihren Hirnen verbannen, weil sie zu schmerzlich und somit nicht ‚zumutbar' ist, ändert das Wesen und die Gefahr eines solchen Krieges nicht."

Das bedeutet allerdings nicht, dass wir uns scheuen sollten, über die beispiellose Fähigkeit von Atomwaffen zu sprechen, Menschen unmittelbar und massenhaft zu töten. Selbst in einer relativ dünn besiedelten Region würde ein einziger nuklearer Sprengkopf zwischen 10.000 und 300.000 Todesopfer und Hunderttausende Verletzte fordern. Und im schlimmsten Fall die völlige Vernichtung bringen.

Aber genauso wenig dürfen wir die alptraumhafte Realität der zurückbleibenden Menschen ausblenden. Denn nicht alle sterben; es gibt immer auch jene, die mit den Folgen leben müssen.

Die unmittelbaren Auswirkungen einer Atomexplosion wären verheerend. All jene, die nicht im Feuer der Explosion selbst oder in den Tagen danach qualvoll sterben, können auf Jahre hinaus mit dem Tod rechnen – sei es durch Strahlenkrankheit, Krebserkrankungen, Umweltveränderungen oder Nahrungsmittelknappheit.

Neueren Klimamodellen zufolge würde ein räumlich relativ begrenzter atomarer Schlagabtausch zu einem zwei bis drei Jahre andauernden nuklearen Winter führen. Außer den nicht akzeptablen unmittelbaren Todesopfern des Atomwaffeneinsatzes würde die daraus resultierende Hungersnot weitere Millionen Menschenleben fordern. Unser Ernährungssystem würde kollabieren, und unsere Gesellschaften vermutlich auch. Noch Jahrzehnte nach der eigentlichen Explosion würden die Auswirkungen der Strahlung bei den Menschen Leid und Tod verursachen.

Im besten Fall bedeutete das eine Rückkehr in die Steinzeit.

Unsere Kollegen, die dreifachen Friedensnobelpreisträger des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und Roten Halbmond, haben deutlich gemacht, dass die aus einem nuklearen Schlagabtausch resultierende Zerstörung verheerender wäre als alles, was wir je erlebt haben. Angemessene humanitäre Hilfe wäre nicht möglich. Das bestätigen auch die Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen, die erklärtermaßen ihre Mitarbeiter abziehen würden und auch niemanden in die betroffene Region entsenden könnten.

Während des Kalten Krieges machte die Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion einen umfassenden Atomkrieg schon beim Start einer einzigen Rakete zu einem sehr wahrscheinlichen Szenario. Heute leben wir in einer Welt, in der die nukleare Bedrohung sich immer mehr ausweitet, und dass ein „begrenzter Schlagabtausch" langfristig katastrophale Auswirkungen für Milliarden von Menschen haben wird, ist ebenso wahrscheinlich.

Leider müssen wir nicht auf Modelle zurückgreifen, um die langfristigen Folgen von Atomwaffen zu begreifen.

Der Vertrag über das Atomwaffenverbot wurde vor Kurzem auch von Kasachstan ratifiziert. 40 Jahre lang hatte die sowjetische Regierung das Land als Testgelände für atmosphärische und unterirdische Kernwaffentests benutzt. Die 456 Sprengköpfe, die in Semipalatinsk-21 im Laufe der Zeit gezündet wurden, haben Generationen von Kasachen Leid zugefügt.

In der betreffenden Region wird eines von 20 Kindern mit schweren Fehlbildungen geboren. Und jedes Mal, wenn der Wind zunimmt und über den „Atomsee" weht, verschlechtert sich die Gesundheit der örtlichen Bevölkerung.

Die meisten Testregionen für Atomversuche wurden nach rassistischen und kolonialistischen Kriterien ausgewählt – sei es nun Kasachstan, das Bikini-Atoll, Australien und die umliegenden Pazifikinseln oder Französisch-Polynesien und Algerien. Das Unrecht zeigt sich hier in der Form, dass Atomwaffen an indigenen Gemeinschaften und an ethnischen Gruppen getestet werden, die bei den herrschenden Mächten als minderwertig gelten. In Kasachstan wurde vielen Anwohnern befohlen, sich während der Explosion der Sprengköpfe im Freien aufzuhalten, und als sie später über Krankheiten, Fehlbildungen und sogar Todesfälle klagten, sagte man ihnen, daran seien ihre minderwertigen Gene schuld.

Für viele Schwarze, Indigene und People of Colour ist es keine neue Erfahrung, dass sie unter Strukturen der „Sicherheit und des Schutzes" leiden oder sogar daran sterben.

Wem Gerechtigkeit am Herzen liegt, der muss gegen das Unrecht von Atomwaffen seine Stimme erheben.

Atomwaffen sind Instrumente der Ungleichheit und Werkzeuge eines unterdrückenden patriarchalen Systems. Die Waffen mögen in ihrer Wirkung unterschiedslos sein, aber ihre Folgen sind es nicht: Frauen und Mädchen bekommen die Auswirkungen von Atomtests und nuklearen Angriffen unverhältnismäßig stark zu spüren.

Studien zufolge hatten Frauen, die in Hiroshima und Nagasaki lebten und

ionisierender Strahlung ausgesetzt waren, ein fast doppelt so hohes Risiko, Krebsgeschwülste aus festem Gewebe zu entwickeln und daran zu sterben. Außerdem sind Frauen einem erhöhten Risiko bei der Entbindung ausgesetzt; neben einer höheren Wahrscheinlichkeit von Totgeburten und körperlichen Fehlbildungen beim Neugeborenen ist auch die Sterblichkeit der Mütter selbst höher.

Belastbare Erhebungen zu den Auswirkungen von Strahlung deuten darauf hin, dass Kinder ein erhöhtes Risiko haben, infolge des radioaktiven Fallouts an Krebs zu erkranken, und dass Mädchen ein signifikant höheres Risiko haben als Jungen, an Schilddrüsenkrebs zu erkranken.

Dies sind nur die unmittelbaren Gefahren eines atomaren Angriffs für Frauen und Mädchen. Aus vergangenen und aktuellen Konflikten wissen wir, dass Frauen und Mädchen auch die weitere Last des Krieges und der Instabilität stärker tragen, da sie mit höherer Wahrscheinlichkeit Opfer von Ausbeutung und sexueller Gewalt werden – denn dies geht typischerweise mit Flucht, Vertreibung und dem Zusammenbruch von Institutionen einher.

Trotz alledem fehlen weibliche Stimmen bei Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit Atomwaffen nahezu komplett. Das reicht von der Forschung und Entwicklung über Entscheidungen zu Testgebieten und Einsatzszenarien bis hin zu den politischen und militärischen Entscheidungsträgern, die die Nutzung dieser Waffen bis heute für sich beanspruchen.

Außer der Tatsache, dass Frauen die negativen Folgen der Strahlung zu tragen haben und vom Gros der atomwaffenbezogenen Entscheidungsprozesse ausgeschlossen sind, lässt sich auch beobachten, dass Atomwaffen kulturell sehr stark mit Vorstellungen von Männlichkeit und Macht verbunden sind. In Debatten zum Thema Abrüstung wird dies besonders deutlich.

Als Barack Obama von einer Welt ohne Atomwaffen sprach, wurde ihm vorgeworfen, er wolle sein Land „kastrieren", und den indischen Atomtest im Jahr 1998 kommentierte ein Politiker der hindu-nationalistischen Partei mit den Worten „Wir mussten beweisen, dass wir keine Eunuchen sind." Und vor wenigen Jahren twitterte Donald Trump, sein *nuclear button* sei größer als der des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong Un – der phallische Bezug ist offensichtlich.

In ihrem Artikel „The perils of mixing masculinity and missiles" schreibt Carol Cohn 2017: „Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit spielen in der internationalen Politik, in Fragen der nationalen Sicherheit und im nuklearstrategischen Denken eine Rolle. Mit seinem zerbrechlichen Ego und seiner obsessiven Sorge um sein Image als Mann mag Herr Trump diese Dynamiken an die

Oberfläche gebracht haben – vorhanden waren sie aber schon immer, wenn auch weniger krude und weniger grell."

Ein ähnlich obsessives Muster zeigt sich bei Wladimir Putin, wenn er auf Fotos mit freiem Oberkörper posiert, während er „männlichen" Aktivitäten wie dem Angeln oder Jagen nachgeht.

Als Aktivisten für Abrüstung und den Atomwaffensperrvertrag sind uns diese Kommunikationsmuster nur allzu vertraut. Dabei bekommen wir immer wieder zu hören, wir seien naiv und idealistisch; unsere politischen Gegner hingegen seien realistisch und verantwortungsbewusst.

Diese geschlechtsspezifische Sprache mit sexistischen Untertönen ist Teil einer Rhetorik, die darauf zielt, unsere Relevanz als Akteure kleinzureden und uns lächerlich zu machen.

Wem Gendergerechtigkeit ein Anliegen ist, der muss sich auch gegen Atomwaffen aussprechen.

Und auch wenn nie wieder eine Atombombe über einer Stadt detonieren sollte, stellen wir fest: Schon die Herstellung, Erprobung und Stationierung von Atomwaffen hat unerträgliche Auswirkungen, die für zahlreiche Menschen weltweit eine andauernde persönliche und kollektive Katastrophe darstellt. Bei den Bemühungen, Atomwaffen zu ächten und abzuschaffen, muss deshalb auch dieser humanitäre Schaden berücksichtigt werden.

Hinzu kommt, dass die derzeitige Nuklearstrategie im Kern unmoralisch ist: Auf höchster Ebene geführte Debatte über Atomwaffen kreisen um sterile und abstrakte Begriffe wie „Abschreckung" und „Stabilität". Solche Wörter, oder gar Wortkonstrukte wie „gegenseitig garantierte Zerstörung" dienen der Verharmlosung und sollen angesichts der Realität dessen, was diskutiert wird – nämlich der unterschiedslose Massenmord an der Zivilbevölkerung – unsere Sinne betäuben.

Es ist ein eklatanter Widerspruch, dass wir es niemals dulden würden, wenn ein Schurkenstaat damit drohte, Tausende von Zivilisten mit chemischen oder biologischen Waffen zu töten, gleichzeitig aber die reichsten und mächtigsten Demokratien der Welt routinemäßig und implizit – und neuerdings sogar explizit – damit drohen, Millionen von Menschen mit Atomwaffen zu vernichten und die Erde zu zerstören.

Abgesehen davon, dass solche Drohungen unmoralisch sind, führen sie auch dazu, dass bestehende Spannungen sich weiter verschärfen. Man kann fragilen Staaten schwerlich vorwerfen, dass sie nukleares Potenzial aufbauen wollen,

wenn ihnen seit Jahrzehnten suggeriert wird, Atomwaffen seien ein probates Mittel, die Machtposition und die Sicherheit eines Staates zu stärken.

Oder, wie Papst Franziskus es in seiner Botschaft anlässlich unserer Konferenz zu den Vertragsverhandlungen formulierte: „Wir müssen uns auch die Frage stellen, wie nachhaltig eine auf Angst gegründete Stabilität sein kann, insofern sie die Angst noch vergrößert und vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Völkern untergräbt."

Die einzige Atompolitik, die tatsächlich zu mehr Stabilität führt, ist zugleich die einzige humane, rationale und verantwortungsbewusste: das Verbot und die Beseitigung nuklearer Waffen.

Das rationale Argument

Wir haben jetzt also die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen beleuchtet. Und trotzdem gibt es immer noch Pessimisten, die einerseits akzeptieren, dass eine Welt ohne Atomwaffen die bessere Alternative und sogar notwendig ist, die andererseits aber behaupten, dieses Ziel sei unmöglich zu erreichen.

Bereits in der allerersten UN-Resolution aus dem Jahr 1946 wurde die Abschaffung von Atomwaffen gefordert. Winston Churchill schlug seinerzeit vor, die Vereinten Nationen mit der Kontrolle der weltweiten Bestände zu betrauen. Harry Truman – also der Mann, der den einzigen atomaren Angriff der Geschichte angeordnet hatte – sagte vor der Versammlung, Atomwaffen sollten durch internationale Abkommen eingeschränkt werden und dürften nicht in der Hand eines einzelnen Menschen liegen. Und viele der Forscher, die am Manhattan-Projekt mitgewirkt hatten, zählten zu den Initiatoren und Unterzeichnern der allerersten Petition, in der die Abschaffung der von ihnen selbst entwickelten Waffe gefordert wurde.

Im Laufe der vergangenen 75 Jahre haben Staats- und Regierungschefs immer wieder öffentlich erklärt, sie würden auf die Beseitigung von Atomwaffen hinarbeiten; zuletzt verpflichteten sich Präsident Obama und der russische Präsident Dmitri Medwedew explizit auf dieses noble Ziel, als sie den New-START-Vertrag unterzeichneten.

Wir werden nicht ewig mit Atomwaffen weiterleben, ohne dass sie zum Einsatz kommen und katastrophale Folgen haben.

Das Bulletin of Atomic Scientists, die Vereinten Nationen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sowie internationale Wissenschaftler aus Forschung und Lehre sagen unisono, dass wir heute einem Atomkrieg näher sind als jemals zuvor in der Geschichte. Wenn man an den Kalten Krieg zurückdenkt, dann mag diese Aussage schon seltsam klingen.

Tatsächlich aber gibt es mehr nuklear bewaffnete Staaten als je zuvor, und seit dem Ende des Kalten Krieges haben drei weitere Länder Atomwaffentests durchgeführt.

Und diese nuklear bewaffneten Staaten sind nicht nur in ein bipolares Kräftemessen verwickelt, wie seinerzeit während des Kalten Krieges, sondern zusätzlich auch in diverse regionale Konflikte – so beispielsweise die USA und Nordkorea, Indien und Pakistan, Indien und China, die USA und China oder auch die USA und Russland.

Aufgrund der enormen technologischen Entwicklungen der jüngsten Zeit haben sich Kriegsführung und militärische Operationen verändert – vor allem in den Bereichen Cyber-Kriegsführung und künstliche Intelligenz. Diese Entwicklungen lassen die Grenzen zwischen verschiedenen Angriffsformen verschwimmen, beschleunigen das Kriegsgeschehen und erhöhen die Fehleranfälligkeit.

In ihrer Gesamtheit haben diese drei Faktoren dazu geführt, dass die gegenwärtige Lage extrem gefährlich, unberechenbar und unsicher ist.

Wenn Sie einen Mathematiker fragen, würde er Ihnen sagen, dass die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen immer größer als null ist.

Lediglich die Eintrittswahrscheinlichkeit variiert: Aufgrund zunehmender Konfliktgefahren ist die Wahrscheinlichkeit aktuell höher als im vergangenen Jahr, aber der Wert ist immer größer als null.

Das bedeutet: Wenn einfach nur ausreichend Zeit verstreicht, wird es de facto zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen.

All jenen, die uns vorwerfen, naiv und irrational zu sein, möchte ich folgende Frage stellen: Wenn wir alle wissen, dass wir entweder auf einen Einsatz von Atomwaffen oder auf ihre Beseitigung zusteuern, wer ist dann irrational?

Diejenigen, die die Abschaffung von Atomwaffen fordern, oder diejenigen, die es in Ordnung finden, Seite an Seite mit Atomwaffen zu leben?

Wir sind nicht naiv, und wir sind nicht irrational.

Wir weigern uns einfach nur, *nichts zu tun*, denn nichts zu tun bedeutet, den möglichen Einsatz von Atomwaffen hinzunehmen.

Der britische Philosoph Bertrand Russell machte dies sehr deutlich, als er seine Ablehnung von Atomwaffen wie folgt kommentierte: „Es ist gut vorstellbar, dass jemand zehn Minuten lang sicher auf einem Drahtseil balancieren kann, aber es wäre abwegig anzunehmen, dass das 200 Jahre lang gut geht."

Auf diesem Drahtseil balancieren wir nun schon 75 Jahre. Die Zeit läuft uns davon.

Und die Staats- und Regierungschefs dieser Welt, selbst die der atomar bewaffneten Staaten, wissen das. Sie sind sich einig: Ja, wir müssen an der Beseitigung von Atomwaffen arbeiten … aber nein, es geht nicht.

Was mir an dieser Botschaft und allzu oft auch bei verschiedenen anderen Problemen auffällt, ist eine – absichtliche oder unabsichtliche – Verwechslung zwischen dem *Unmöglichen* und dem *Unbequemen*. Machthaber, die von einem Status quo profitieren, neigen dazu, Bemühungen um positive Veränderungen, um Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, als unmöglich darzustellen. Auf diese Weise sollen wir davon abgebracht werden, Veränderungen einzufordern.

Aber der Wandel ist bereits im Gange, ob sie es nun wollen oder nicht. Und vorangetrieben wird dieser Wandel nicht von den politischen Eliten, sondern von ganz normalen Menschen.

Das rechtliche Argument

Der Vertrag über das Atomwaffenverbot wurde am 7. Juli 2017 von 122 Staaten am Sitz der Vereinten Nationen angenommen und wenige Monate später zur Unterschrift freigegeben. Für diesen Vertrag haben wir den Friedensnobelpreis bekommen – ganz normale Menschen, die eine Idee und eine Vision hatten und beschlossen haben, sich dafür einzusetzen.

Am 24. Oktober hat Honduras als 50. Staat den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ratifiziert. Kurz zuvor sind Jamaica und die Republik Nauru beigetreten. Damit wird das Inkrafttreten des UN-Atomwaffenverbots binnen 90 Tagen, am 22. Januar 2021, ausgelöst.

Das ist in der Tat eine große Errungenschaft: Atomwaffen werden völkerrechtlich verboten sein. Zusätzlich zum Verbot biologischer und chemischer Waffen stellt dieser Vertrag den letzten Teil des Verbots von Massenvernichtungswaffen dar.

Der Vertrag beruht im Wesentlichen auf dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechten. Zum humanitären Recht gehört auch der Grundsatz, dass den Methoden und Mitteln der Kriegsführung Grenzen gesetzt sind und dass diese von allen Parteien eines Konflikts zu beachten sind.

Der Unterscheidungsgrundsatz verpflichtet Staaten, kriegerische Angriffe auf Kombattanten zu beschränken und niemals auf Zivilisten zu zielen. Dieses völkerrechtliche Grundprinzip hat seinen Ursprung in der Sankt Petersburger Erklärung von 1868, und wenn dies auf uns heute antiquiert wirkt, so ist eben dieser Umstand schockierend.

Damals hatte Russland ein Geschoss entwickelt, das bei Kontakt mit weichen Substanzen explodiert. Die russische Regierung hielt die Waffe jedoch für so gefährlich und menschenverachtend, dass sie davon absah, sie in Konflikten einzusetzen, und stattdessen erreichte, dass andere Staaten den Einsatz einer solchen Waffe qua Erklärung ebenfalls ablehnten.

Schon in den Anfängen des Kriegsrechts zeigt sich also ein Bestreben, die Verursachung überflüssiger Verletzungen oder unnötigen Leids zu unterbinden, die natürliche Umwelt zu schützen und eine gewisse Verhältnismäßigkeit zu gewährleisten.

Die UN-Charta selbst verlangt von den Staaten nicht nur, die Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates zu unterlassen, sondern auch die Androhung derartiger Gewalt.

Ich könnte Ihnen jetzt diverse Verträge und Bestimmungen oder internationale, innerstaatliche und militärische Rechtsvorschriften aufzählen, die mit der Erprobung und dem Einsatz von Atomwaffen unvereinbar sind. Der Vertrag über das Atomwaffenverbot konstatiert diese Unvereinbarkeit nicht nur explizit für Kernwaffen, sondern definiert auch den Besitz und die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen als völkerrechtswidrige Handlung.

Mir ist bewusst, dass wir uns an einem Punkt der Geschichte befinden, der für das Völkerrecht und die internationale Zusammenarbeit sicherlich keine Sternstunde darstellt. Aber dies ist nicht die erste schwierige Phase, die wir durchmachen, und eines ist klar: Vertragliche Lösungen funktionieren. Sicherlich nicht perfekt, aber sie funktionieren – auch wenn es Zeit braucht.

Der Atomwaffensperrvertrag und die Strategie der ICAN knüpfen an die erfolgreiche Realisierung mehrerer früherer Verträge an: der Verträge zum Verbot von chemischen Waffen, von biologischen Waffen, von Landminen und Streumunition.

Dieser Vertrag ist Teil unseres umfassenden Bestrebens, die Arbeit von Menschen wie Willy Brandt fortzuführen und mit dem Instrument des Völkerrechts normative Veränderungen voranzutreiben, die Spielregeln zu ändern und Verhaltensweisen zu ändern.

Aus der Geschichte wissen wir, dass die Ächtung bestimmter Waffentypen stets der erste Schritt auf dem Weg zu ihrer Beseitigung war.

Waffen, die in internationalen Abkommen geächtet werden, gelten zunehmend

als illegitim und verlieren nach und nach ihren politischen Status – selbst dann, wenn einige der Staaten, die solche Waffen besitzen, das Abkommen gar nicht unterzeichnen.

Für Rüstungsunternehmen wird es schwieriger, die für die Produktion von illegitimen Waffen notwendigen Mittel aufzutreiben – abgesehen davon, dass es mit einem erheblichen Reputationsrisiko verbunden ist. Banken, Pensionsfonds und andere Finanzdienstleister verlagern ihre Investitionen zunehmend auf andere Hersteller.

Auch Universitäten, die an der Produktion solcher Waffen beteiligt sind, müssen mit einem erheblichen Imageschaden rechnen – so auch die knapp 50 US-Universitäten, die an der Forschung und Entwicklung von US-amerikanischen Nuklearwaffen beteiligt sind. Die meisten von ihnen tun dies weitgehend hinter verschlossenen Türen und im Widerspruch zu ihren offiziellen Mission Statements.

Diese normative Verschiebung ist im internationalen Recht von großer Bedeutung. Natürlich sollten wir immer versuchen, unsere Werte und Grundsätze in wasserdichten Verträgen und nationalen Gesetzen zu verankern. Aber Verträge, in denen sich das öffentliche Gewissen und die Prinzipien der Humanität artikulieren, haben weltweit eine normative Wirkung – auch auf Staaten, die den Vertrag nicht unterzeichnet haben. Je mehr Staaten den Vertrag unterzeichnen, desto stärker wird dieser Effekt und desto strikter werden die Vorgaben im Zusammenhang mit der Atomwaffenproduktion.

Vor Inkrafttreten des Vertrags zum Verbot von Landminen beispielsweise haben etwa 34 Staaten Landminen exportiert. Seit Inkrafttreten des Vertrags wurden keine Landminenexporte mehr verzeichnet, und nur sehr wenige Nichtvertragsstaaten haben seit dem Verbot Landminen oder Streumunition eingesetzt. 2014 kündigten die USA, selbst ein Nichtvertragsstaat, an, dass sie außerhalb der koreanischen Halbinsel keine Landminen mehr einsetzen würden und auch keine anderen Staaten unterstützen, ermutigen oder veranlassen würden, außerhalb Koreas Antipersonenminen einzusetzen, zu lagern, herzustellen oder zu exportieren.

Zwar haben sich die USA noch immer nicht der Mehrheit der Staaten angeschlossen, die das Streumunitionsverbot unterzeichnet haben. Trotzdem haben sie seit dem Inkrafttreten nur ein einziges Mal Streumunition eingesetzt, und zwar 2009 bei einem isolierten Angriff im Jemen. 2016 beschlossen die USA, den Export von Streumunition nach Saudi-Arabien einzustellen, und seit November 2016 findet sich kein US-Hersteller mehr, der solche Waffen überhaupt produziert.

So gab etwa der Textron-Konzern in einer offiziellen Börsenmeldung an, er würde künftig keine Streumunition mehr herstellen, da dies schlecht für das Geschäft sei.

Das Inkrafttreten des Vertrags bedeutet keinesfalls das Ende unserer Bemühungen – sondern bildet vielmehr einen neuen Ausgangspunkt. Denn damit erhalten wir eine rechtliche Grundlage für die Realisierung der nuklearen Abrüstung.

Der Vertrag wird die Welt nicht über Nacht verändern, aber er wird maßgeblich dazu beitragen, dass Atomwaffen weltweit nicht mehr als „notwendiges Übel", sondern zunehmend als „inakzeptabel und illegal" gelten.

Denn genau darum geht es. Es geht darum, unser System demokratischer und gerechter zu machen – und so für mehr Frieden zu sorgen.

Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden

Wir dürfen die zerstörerische Kraft dieser Waffen niemals unterschätzen. Schon eine einzige sogenannte Low-Yield-Waffe vermag es, Zehntausende von Menschenleben auszulöschen und Land und Wasser über Jahrzehnte, vielleicht sogar Jahrhunderte, zu verseuchen.

Gleichzeitig dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass es „nur" Waffen sind: von Menschen hergestellte Objekte, die wir nachhaltig abschaffen können. Atomwaffen sind zwar sofort einsatzbereit, aber sie sind weder selbstgesteuert noch autonom. Sie sind keine Hexerei. Ihre Existenz ist nicht unvermeidlich.

Der Computercode für diese Waffen wird von Menschen programmiert, und die Bestandteile werden von Firmen wie Lockheed Martin, General Dynamics, Airbus und Boeing gebaut, die von diversen Banken, Pensions- und Investmentfonds finanziert werden.

Die Forschungsarbeit dazu wird von Institutionen wie der University of California, dem Massachusetts Institute of Technology, der Stanford University und anderen US-amerikanischen Hochschulen geleistet.

Der Befehl, einen nuklearen Angriff zu führen, wird von unseren Regierungen erteilt, und in der Mehrheit der nuklear bewaffneten Staaten sind diese demokratisch gewählt.

Vor allem aber: Deutschland und andere Länder unterstützen nuklear bewaffnete Staaten und helfen ihnen dabei, ihr Atomwaffenarsenal aufrechtzuerhalten. Deutschlands Bekenntnis zu nuklearer Abrüstung bleibt nur ein Lippenbekenntnis, es sei denn, Deutschland weigert sich, an der Drohung eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen auch zum Schaden der eigenen Bevölkerung mitschuldig zu sein.

Atomwaffen entscheiden nicht. Es sind ganz normale Menschen, die Tag für Tag entscheiden, ob sie den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen unterstützen oder ob sie sich weigern. Wir selbst entscheiden, ob die Existenz dieser Waffen weiterhin ermöglicht oder ob es den Atomwaffen schwerer gemacht wird, die Menschheit auch in Zukunft zu bedrohen. Es ist eine einfache Entscheidung, die wir Tag für Tag treffen.

Bei ICAN sehen wir es als unsere Mission, die demokratischen Systeme zur Abrüstung zu bewegen.

Atomwaffen und die von uns geschaffenen Strukturen sind ihrem Wesen nach autoritär. Mit ihrem Einsatz verraten wir die Menschheit, mit ihrer Weiterentwicklung verraten wir die Vernunft, und mit ihrer vorsorglichen Lagerung verraten wir die Demokratie.

Zu den Problemen unserer Zeit zählen eine globale Gesundheitskrise, die Klimakatastrophe, aufflammender Rassismus und grassierende Fremdenfeindlichkeit, explodierende Ungleichheit, Nahrungsmittelknappheit, ein neuer rechter Autoritarismus, Sexismus und der andauernde Einsatz chemischer Waffen unter Verletzung internationaler Vertragsverpflichtungen und Normen – und diese Liste ließe sich fortsetzen. Für all diese Probleme bedarf es großer Kraftanstrengungen und neuer Akteure, die sich gemeinsam für Gerechtigkeit stark machen. Die Androhung einer Massentötung durch nukleare Angriffe gerät gefährlicherweise nur zu oft aus dem Blickfeld und wird sogar als Problem der Vergangenheit abgetan – bis es plötzlich an die Oberfläche kommt und buchstäblich zu explodieren droht.

Anstatt die Atomwaffenproblematik jedoch nur als eine weitere Katastrophe am Horizont zu behandeln, müssen wir die Interdependenz der genannten Probleme sehen. Denn eines ist ihnen gemeinsam: Menschen in Machtpositionen schützen den Status quo auf Kosten der Sicherheit und des Schutzes aller.

Der große Mythos des Atomwaffenzeitalters lag in dem Glauben, wir hätten angesichts der Bedrohung durch Atomwaffen keine Macht und keinen Einfluss. In dem Glauben, das Schwierige sei unmöglich und Sicherheit müsse auf Angst beruhen. Es wurde uns eingeredet, wir könnten unsere Humanität bewahren und gleichzeitig anderen Staaten, die gegen uns sind, mit Massenmord drohen – oder gar mit Völkermord, wie es einige militärische Verbündete schon auf Twitter angekündigt haben.

Dieser Status quo ist irrational, unmenschlich und unzumutbar.

Wir müssen gegen Atomwaffen aufbegehren. Wir müssen eine auf Angst und

glücklichen Zufällen beruhende Vorstellung von Sicherheit ablehnen. Wir müssen eine Weltordnung ablehnen, die durch Drohungen mit Massentötung und Umweltzerstörung aufrechterhalten wird.

In seiner Rede zur Verleihung des Nobelpreises sagte Willy Brandt 1971: „Unter der Drohung einer Selbstvernichtung der Menschheit ist die Koexistenz zur Frage der Existenz überhaupt geworden. Koexistenz wurde nicht zu einer unter mehreren akzeptablen Möglichkeiten, sondern zur einzigen Chance zu überleben."

Genau das ist der Grund, warum wir uns zu humanitärem Recht, zu Rationalität und zu einer gerechten, auf Zusammenarbeit beruhenden Weltordnung bekennen müssen. Nicht aus vermeintlicher Naivität, sondern weil wir wissen, was das Friedensnobelpreis-Komitee weiß, seit Alfred Nobel sein Testament schrieb: dass nämlich die Koexistenz – in Form von Verhandlungen, Multilateralismus, Friedensabkommen und globaler Zusammenarbeit – der einzige Weg zum Frieden ist.

Aus diesem Grund zeigt uns das Nobelpreis-Komitee Jahr für Jahr, wie wir die Welt zu einem besseren Ort machen können. So wurde Willy Brandt ausgezeichnet, weil er dafür gesorgt hat, dass die Bundesrepublik den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. So wurden die Vereinten Nationen und ihre diversen Institutionen, die Europäische Union, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und, in diesem Jahr, das Welternährungsprogramm ausgezeichnet. Und deshalb wurden unterschiedslos wirkende Waffen wie Landminen und chemische Waffen verboten. In demselben Geist wurde auch die Arbeit von ICAN für ein Verbot von Atomwaffen ausgezeichnet.

Der Weg vor uns ist klar. Und wir sind bereit, ihn zu gehen – um die Welt sicherer und besser zu machen.

Vielen Dank.

ATOMWAFFEN LÖSEN KEINES UNSERER WIRKLICHEN PROBLEME

VORWÄRTS-INTERVIEW MIT BEATRICE FIHN AM 2. NOVEMBER 2020[3]

75 Jahre nach dem Abwurf der ersten Atombombe über Hiroshima gibt es weltweit mehr als 13.000 Atomwaffen. Was bedeutet das für unsere Gesellschaft?

BF: Dies ist eine enorme Bedrohung für uns alle. Die Existenz unserer globalen Gesellschaft hängt vom Verhalten einzelner Personen ab, die die Macht über diese Atomwaffen haben. Wir legen unsere gesamte Zukunft in die Hände der Trumps und Putins und Kim Jong-uns der Welt. Das Risiko großer Schäden steigt immer mehr, obwohl wir es in unserem täglichen Leben nicht wahrnehmen. Aber es ist klar: Wenn wir an Atomwaffen festhalten, werden sie eines Tages auch eingesetzt. Es ist dasselbe wie beim Klimawandel: Wir alle wissen und Experten warnen davor, dass er geschieht und unsere Risiken wachsen und wachsen.

Um etwas dagegen zu unternehmen, hat Honduras vor einigen Tagen den internationalen Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen unterzeichnet. Das bedeutet, dass er im Januar 2021 in Kraft treten kann. Was bedeutet es konkret?

BF: Dies ist wirklich ein historischer Moment. Ab Januar werden Atomwaffen auf dem gleichen Niveau wie chemische oder biologische Waffen sein – sie werden nach internationalem Recht verboten sein! Dies ist ein großer Sieg für die Diplomatie und die Demokratie. Nachdem Honduras den Vertrag unterzeichnet hat, wird er zum Völkerrecht. Opfer von Atomtests wie in Kasachstan oder in Algerien sind besser geschützt. Auch wenn Deutschland dem Vertrag nicht beigetreten ist, wird es betroffen sein, da das Verbot von Atomwaffen dann internationales Recht ist.

Würde es einen Unterschied machen, wenn Deutschland den Vertrag auch unterzeichnen würde, obwohl es selbst keine Atomwaffen hat?

BF: Natürlich! Es hätte massive Auswirkungen, wenn Deutschland dem Vertrag beitreten würde. Deutschland könnte der „Game Changer" sein, weil viele Länder dem Beispiel folgen würden. Deutschland spielt auch deshalb eine Schlüsselrolle,

3 Das Interview führte der stellvertretende Chefredakteur Kai Doering; Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

weil es amerikanische Atomwaffen auf seinem Territorium beherbergt und Teil der Atomstrategie der NATO ist. Deshalb fordere ich Deutschland dringend dazu auf, sich für das humanitäre Recht einzusetzen und zu zeigen, dass es nicht akzeptabel ist, Massenvernichtungswaffen einzusetzen oder nur zu besitzen.

Länder wie die USA, Russland oder China, die Atomwaffen besitzen, haben den Vertrag bisher nicht unterzeichnet. Wie sinnvoll ist er überhaupt, wenn die Atommächte nicht dabei sind?

BF: Je mehr Länder dem Vertrag beitreten, desto mehr Druck entsteht. Wir haben dies bereits bei Verträgen über das Verbot von Landminen oder chemischen Waffen gesehen. Das bedeutet, dass auch die Länder von den Verträgen betroffen sind, die sie nicht unterzeichnet haben. Russland oder China zum Beispiel haben das Verbot von Landminen nicht unterzeichnet, aber dennoch ihre Position geändert, weil andere Länder das getan haben.

Im Moment fordert die Corona-Pandemie die Welt heraus. Hat dies zur Folge, dass abstraktere Bedrohungen wie Atomwaffen von der Tagesordnung verschwinden?

BF: Nein, aus meiner Sicht ist eher das Gegenteil der Fall. Atomwaffen existieren nicht im luftleeren Raum. Die Corona-Pandemie zeigt uns, dass diese Art von Waffen keines der wirklichen Probleme unserer globalen Gesellschaft lösen kann. Es werden künftig noch deutlich stärker Pandemien wie Covid-19 und der Klimawandel sein, die die Menschen herausfordern und bedrohen. Dies bedeutet auch eine enorme Auswirkung auf die globale Sicherheit. Eine Kalter-Kriegs-Mentalität hilft in keinem dieser Fälle. Massenvernichtungswaffen sind die falsche Antwort auf diese Herausforderungen. Die Corona-Krise ist eine Gelegenheit, den Menschen zuzuhören, was die wirklichen Probleme sind und was sie wirklich brauchen, um sich sicher zu fühlen. Und das werden mit Sicherheit keine Atomwaffen sein. Einfach, weil sie keinen Sinn ergeben.

22. Oktober 1983 – „Heißer Herbst“ in der Bundesrepublik.
In seiner Rede im Bonner Hofgartenrede stellt sich Willy Brandt
vor die Friedensbewegung.

QUELLENANHANG

„POLITIK DER ENTSPANNUNG – JETZT ERST RECHT“

AUSZÜGE AUS DEM BEITRAG DES VORSITZENDEN DER SPD, WILLY BRANDT, FÜR EIN BUCH ZUM 50. GEBURTSTAG DES NORWEGISCHEN POLITIKERS REIULF STEEN 5. MAI 1983[4]

Politik der Entspannung – jetzt erst recht

[…]

Das Bemühen um den Abbau von Spannungen zielte von Anfang an darauf ab, über die Regelung praktischer Fragen hinaus auch bessere Voraussetzungen für die Sicherung des Friedens zu schaffen. Es sah ja Anfang der siebziger Jahre so aus, als ob den beiden Supermächten der Durchbruch zu langfristig tragfähigen Vereinbarungen gelungen wäre oder jedenfalls gelingen könnte. Rückschläge waren von vornherein einzukalkulieren, aber es war nicht vorauszusehen, dass sie sich so rasch und so ernst vollziehen würden.

Das Bemühen um den Abbau von Spannungen zwischen Ost und West war von Anfang an vielfältigen Belastungen ausgesetzt, inzwischen wehen eisige Winde. Wir haben uns zu fragen: Wie kann verhindert werden, dass die Früchte der Entspannungspolitik vollends verkommen? Welche Initiativen sind möglich, um allen Schwierigkeiten zum Trotz mitzuhelfen, dass Konflikte nicht noch verschärft, sondern dass sie entschärft werden?

Denn sonst steigert sich die Gefahr für den Frieden, und ohne den Frieden ist alles andere nichts. Deshalb bedarf es einer Politik der aktiven Friedenssicherung. Deshalb müssen wir wollen und darauf hinwirken, dass der Wahnsinn des

4 Abgedruckt als Dokument Nr. 3 im Band 10 der Edition „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage, 1982–1992, bearbeitet von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt; dort ausführlichere Annotationen. Das Originaldokument ist überliefert im Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (WBA AdsD), A 3, 918. Reiulf Steen (1933-2014) war ein norwegischer Politiker und Diplomat, von 1975 bis 1981 Vorsitzender der Norwegischen Arbeiterpartei (DNA). Mit Willy Brandt teilte Steen ein besonderes Interesse an Lateinamerika.

Wettrüstens endlich aufhört – auf dass „Schwerter zu Pflugscharen“[5] geschmiedet werden können.

Es gilt, sich gegen den Strom zu stellen, wenn dieser sich wieder einmal ein falsches Bett zu graben versuchen sollte. Denn es gibt keine moralische Position, die noch Gewaltanwendung zur Lösung von Konflikten zwischen den Blöcken, wie auch den Staaten, rechtfertigen könnte. Hieraus folgt, die Erhaltung des Friedens als eine primär politische Aufgabe zu sehen. Das friedliche Nebeneinander der Staaten und Systeme so zu organisieren, dass Krieg ausgeschlossen wird, bleibt die entscheidende Aufgabe gerade in Europa, das mit seiner Anhäufung nuklearer Waffen besonders gefährdet ist.

Ziel der Politik muss es sein, die Ost-West-Konfrontation so zu verändern, dass das Verhältnis zwischen den Bündnissen in eine europäische Friedensordnung übergeleitet werden kann. Sie muss, wie die Dinge dieser Welt liegen, durch Mitwirkung der Supermächte getragen werden. Beide Supermächte müssen Teil einer solchen Friedensordnung sein, deren Bestand sie garantieren. Zu diesem Ziel bleibt die Wiederaufnahme und Fortsetzung der Entspannungspolitik ohne Alternative. Sie ist das übergeordnete politische Instrument, um eine europäische Friedensordnung in Sicherheit zu erreichen.

Die völkerrechtswidrige sowjetische Intervention in Afghanistan[6] war für einige einflussreiche Kreise in den USA der willkommene Anlass, Furcht vor der Sowjetunion in beschleunigte Rüstung umzusetzen und den Kalten Krieg zu kultivieren. Andere Amerikaner halten dies für einen gefährlichen Irrweg. Gemeinsam mit ihnen müssen wir in Europa darauf bestehen, dass illusionslos daran gearbeitet wird, den Entspannungsprozess wieder aufzunehmen. Die Politik, die auf Entspannung zielt, ist nämlich nicht definitiv gescheitert. Jene, die ihr heute den Totenschein ausstellen wollen, sind zumeist von Anfang an gegen die Politik des Ausgleichs der allmählichen, sehr allmählichen friedlichen Veränderung der Nachkriegslage im geteilten Europa gewesen. Nun, da es zu Rückschlägen gekommen ist, führen die Gegner der europäischen Entspannung wieder ungeniert das laute, prahlerische, gefährliche Wort. Bei diesem Wort aber wollen sie in Wahrheit gar nicht genommen werden.

Oder wollen sie wirklich die Sowjetunion und ihr Bündnissystem kaputtrüsten oder es auf andere Weise in die Knie zwingen? Die Vermutung spricht dagegen,

5 So lautete damals die Forderung der Friedensbewegung in der DDR.

6 Ende Dezember 1979 waren sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschiert.

dass sich die östliche Grossmacht nur mit einem Winseln aus der Geschichte abmelden würde. Ausserdem kann es einen eher verwundern als überzeugen, dem „Weltkommunismus“ magische Kräfte zuzuschreiben, wo er doch ein eher diffuses und ausgezehrtes Bild vermittelt. Die Alternative zum Abenteuer ist die Bereitschaft zum Ausgleich der Interessen. Sie stützt sich auf den Willen und die Fähigkeit zur Verteidigung.

Entspannung und Verteidigung bleiben die beiden Pfeiler, wie im Harmel-Bericht der NATO 1967 festgestellt, um in Sicherheit zu einer europäischen Friedensordnung zu gelangen. Das westliche Verteidigungsbündnis würde an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen, wenn es nicht bei der Konzeption bliebe, dass Verteidigung und Verhandlungen – das eine und das andere: militärische Sicherheit und Entspannung – zusammengehören. Der einzige Bündniszweck, nämlich die Verteidigung, ist an erster Stelle eine politische Aufgabe. Eine solche Haltung ist nicht wertneutral. Zu den westlichen Werten gehören: die feste Bindung an das System der repräsentativen Demokratie; Augenmass und Vernunft als öffentliche Grundeigenschaften; die Unbeirrbarkeit darin, den Menschen über jedes Dogma zu stellen; der Verzicht auf das Ausgrenzen von Andersdenkenden, von Minderheiten; der geistige Pluralismus und die tatsächliche Vielfalt; die Unfähigkeit zum Massenwahn.

Wachsamkeit bleibt geboten, doch das bedenkenlose Anhäufen von Waffenbergen schürt Misstrauen. Und wo das Misstrauen wächst, können Fehlkalkulationen leicht in zugespitzte Krisen und dann sogar in kriegerische Konflikte münden. Hinzu kommen die immensen Gefahren, die sich – zumal bei Raketen mit ganzer kurzer Laufzeit – aus immer wieder möglichen Fehlern einer computergesteuerten Abwehr ergeben. Die Welt ist auch unabhängig von diesem Risiko in Gefahr, sich zu Tode zu rüsten. Die zerstörerischen Wirkungen auf die Weltwirtschaft im allgemeinen und die armen Entwicklungsländer im besonderen lassen sich ernsthaft nicht von der Hand weisen. Zuerst an die beiden stärksten Mächte geht daher immer wieder die dringliche Aufforderung, neue Weg einzuschlagen und mehr Sicherheit zu schaffen durch Vereinbarungen über einen seriösen und gleichwertigen Rüstungsabbau.

Wichtige Schritte, die zu mehr Stabilität führen könnten, sind in dem Bericht der Unabhängigen Kommission enthalten, die von Olof Palme geleitet wurde.[7]

7 Der frühere schwedische Ministerpräsident Olof Palme (1927–1986) leitete von 1980 bis 1982 die unabhängige Kommission für Abrüstung und Gemeinsame Sicherheit. Im Juni 1982 empfahl

[…] Dabei denke ich gerade auch an die Teile, die darauf abzielen, die friedenssichernden Funktionen der Vereinten Nationen zu stärken. Ich will hinzufügen, dass meines Erachtens eine grundlegende Reform des UN-Systems fällig wäre.

Die grösste Sorge gilt naturgemäss der Gefahr einer nuklearen Konfrontation. Daher kommt den Verhandlungen, die in Genf geführt werden, besondere Bedeutung zu. Niemand kann sagen, ob sich hier nicht eine letzte Chance bietet, die bedrohlichen nuklearen Waffensysteme noch in Griff zu kriegen. Jedenfalls ist sicher: Wenn Genf nicht genutzt wird, wird es ein neues Rennen qualitativ neuer Waffensysteme geben, mit weiter wachsender Instabilität. Und: Wenn Genf nicht zum Erfolg wird, werden viele Menschen in vielen Ländern zweifeln, ob Rüstungskontrollverhandlungen überhaupt noch einen Sinn haben. Und wenn sie daran verzweifeln und beginnen, die Glaubwürdigkeit schöner Beteuerungen zu verlachen, dann wird die Welt nichts zu lachen haben.

Genf scheint eine letzte Chance zu sein, den Menschen den Glauben an den Sinn von Bemühungen zu erhalten, den Rüstungswahnsinn durch Verhandlungen zu stoppen. Dies gilt für die interkontinentalen Zerstörungsmaschinen ebenso wie für die sogenannten Mittelstreckenwaffen. Jeder kennt die heftigen Auseinandersetzungen, die es um dieses Thema gibt – in Norwegen, wie in der Bundesrepublik und in anderen Staaten. Viele in Europa erkennen die zusätzlichen Bedrohungen, die durch das Aufstellen hochmoderner Mittelstreckenraketen in der Sowjetunion entstanden sind. Die Meinungen darüber, wie hierauf zu reagieren sei, stimmen nicht immer überein. Doch müssen alle befürchten, dass Europa – in der weiteren Folge einer ungezügelten Rivalität der beiden Weltmächte – im schlimmsten Fall zu einem Schlachtfeld der nuklearen Auseinandersetzung werden könnte. Deshalb bleibt es so wichtig, die Verantwortlichen mit grossem Nachdruck zu drängen, dass solche Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen überflüssig machen. Alle Betroffenen und Beteiligten müssen sich gut überlegen, was im Sinne grösserer – insoweit gemeinsamer – Sicherheit an Kompromissen möglich und nötig ist.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass Sicherheit auf Dauer nicht durch militärische Mittel allein, auch nicht durch immer weitere Anhäufung neuer Waffensysteme erreichbar ist. Durch die gleichzeitige Militarisierung der

sie der 2. UNO-Sondervollversammlung für Abrüstung u. a. die Einrichtung einer Atomwaffenfreien Zone in Europa sowie Verhandlungen über den Abbau strategischer Waffen und zur beiderseitigen Truppenreduzierung in Europa.

Politik sind die Spannungen gewachsen, ohne eine annehmbare Perspektive zu eröffnen. Im atomaren Zeitalter ist ausserdem jedes Streben nach Überlegenheit abzulehnen, zumal keine anwendbare Überlegenheit mehr zu erzielen ist und der Versuch, sie zu erreichen, nur die Fortsetzung eines destabilisierenden Rüstungswettlaufs bedeuten würde.

Deshalb ist Sicherheit im Zeitalter gegenseitig gesicherter Zerstörung nicht mehr allein vor dem potentiellen Gegner, sondern nur noch mit ihm erreichbar. Erst eine Partnerschaft zur Sicherheit eröffnet die Aussicht, den Wahnsinn der Rüstungsspirale zu durchbrechen und auf die Entwicklung neuer, destabilisierender Waffensysteme – wie Strahlenwaffen oder die Verlagerung des Rüstungsrennens in den Weltraum – zu verzichten. Gemeinsame Sicherheit[8] heisst allerdings auch, dass sie nur mit den bestehenden Bündnissen erreichbar ist.

Die beiden Supermächte hatten die Notwendigkeit erkannt, die zerstörerischsten Potentiale, die interkontinentalen Waffen in ein vereinbartes Gleichgewicht zu bringen und damit eine gewisse Stabilität zu erreichen; insofern haben sie das Prinzip ihrer gemeinsamen Sicherheit durch bündnisüberwölbende Vereinbarungen akzeptiert. Für die Atomwaffen kürzerer oder kürzester Reichweite gibt es derartige Vereinbarungen nicht, für die Gefechtsfeldwaffen noch nicht einmal Verhandlungen. Dabei hat Europa das gleiche Interesse wie die beiden Supermächte, durch bündnisüberwölbende Absprachen zu gemeinsamer Sicherheit zu kommen.

Die gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherheitspartnerschaft bedeuten keine Verwischung unterschiedlicher Machtinteressen der unterschiedlichen Blöcke oder unterschiedlicher Wertvorstellungen. Aber auch unsere ideologischen Überzeugungen und unsere Werte können sich nur im Frieden erfolgreich durchsetzen. Es gibt nichts mehr, was einen atomaren Krieg lohnt oder rechtfertigt. Siege gibt es nur noch durch Frieden. Gemeinsame Sicherheit kann im übrigen auch die Antwort auf die Lösung von Problemen in anderen, aussereuropäischen Regionen der Welt geben.

Trotz aller Enttäuschungen darf man auch noch einmal auf die prinzipielle Bedeutung dessen hinweisen, was mit der gesamteuropäischen Schlussakte von Helsinki (1975) zusammenhängt – nicht zuletzt der geplanten Europäischen Konferenz über Abrüstung – und was die in Wien geführten Verhandlungen über

8 Der Begriff „Gemeinsame Sicherheit“ war das Leitmotiv des Berichts der Palme-Kommission und stammte von Willy Brandts politischem Weggefährten Egon Bahr.

die Begrenzung von Truppen und Rüstungen in der Mitte Europas angeht. In Wien hatten die Sowjets einen früheren westlichen Reduzierungsvorschlag aufgenommen. Was damit auf den Tisch kam, war sehr bescheiden. Aber es mag ein Beispiel dafür sein, dass man endlich anfangen sollte, statt einander immerzu nur gegenseitig die Schuld zuzuschieben.

Der KSZE-Prozess hatte in Osteuropa Hoffnung vermittelt, gelegentlich auch Schutz bedeutet. Wem an Menschen- und Bürgerrechten gelegen ist, der wird nicht ernsthaft meinen können, sie würden sich in einem Kalten Krieg fördern lassen. Ideologische Gegensätze zwischen Ost und West dürfen nicht vergessen lassen:

Spekulationen über die Führbarkeit von Atomkriegen[9] helfen dabei wahrlich nicht weiter, sie zeigen vielmehr – auf welcher Seite auch immer – teuflische Handschrift.

Wenn es an Berechenbarkeit fehlt, könnte die gutgeschmierte Kriegsmaschinerie leicht in Gang kommen, selbst wenn man es eigentlich nicht will. Jeder der vielen regionalen Krisenherde könnte dazu den zündenden Funken liefern. Es gibt im übrigen immer mehr Frauen und Männer – und gerade auch junge Menschen –, die verzweifelt die Frage stellen, wohin der Rüstungswahnsinn führen soll. Die sich weigern, alle die überkommenen Formen von Sicherheitspolitik noch zu verstehen. Wenn man darauf nicht zu hören bereit ist, kann man auch auf diese Weise zerstören, was verteidigt werden soll.

Gewiss, Friedenssehnsucht allein ergibt noch keine Friedenspolitik. Und so wenig man falsche Gräben ausheben darf, so sehr wird man darauf zu achten haben, sich an der Verwechslung von Utopie und Realitätsverlust nicht zu beteiligen. Ich teile vieles von dem, was an Zielsetzung mit den Friedensbewegungen verbunden ist. Ich habe Respekt vor den Überlegungen ihres argumentierenden Teils, aber ich fürchte Illusionen, die aus Realitätsferne entstehen, wie die Konsequenzen politischer Ohnmacht. Und mehr noch fürchte ich die irrationalen Folgen einer unvermeidlichen Desillusionierung.

Angesichts der tatsächlich drohenden Gefahren in dieser Welt können mich die wohlfeil ausgestreuten Schlagworte von einer neutralistischen oder pazifistischen

9 1982 hatten große amerikanische Tageszeitungen über eine Leitlinie des US-Verteidigungsministeriums berichtet, die davon ausging, einen Atomkrieg bis zu sechs Monate führen und gewinnen zu können. Auch Der Spiegel hatte darüber berichtet: „USA: Atomkrieg doch führbar?“ (Heft 35 vom 30. August 1982, S. 104f.)

Gefahr allerdings wenig schrecken. Ich bin kein Neutralist, sondern bewusster Europäer. Ich habe unter dem Eindruck der nazistischen Gefahr kein Pazifist werden können, aber ich weiss: Nicht solide Friedenspolitik, sondern Realitätsverlust und das Streben nach Überlegenheit haben zum Krieg geführt.

Im übrigen: Ist etwa Robert McNamara anti-amerikanisch? Oder [George] Kennan, [William] Fulbright, George Ball?[10] Oder die Mehrheit des Repräsentantenhauses? Oder die amerikanischen Bischöfe? Es gehört viel Ignoranz dazu, nicht zur Kenntnis zu nehmen, dass eine ernste Diskussion über die Rolle der nuklearen Verteidigung und über [die] Rückkehr zur Politik der Entspannung begonnen hat. Und mit der amerikanischen Friedensbewegung wird man es sich in Washington vermutlich nicht so leicht machen können wie mit der in einigen europäischen Ländern.

Es wird neuer grosser Anstrengungen bedürfen in vielen Ländern und mit vielen Millionen Menschen, um zu werben und zu wirken für Frieden und Verständigung, für den Abbau von Spannungen und weltweite Rüstungsbegrenzung. Denn es bleibt wahr: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist heute alles andere nichts.[11] Und es bleibt auch wahr, dass die Europäer in erster Linie gefordert sind.

10 Robert McNamara (1916–2009), 1961 bis 1968, in der Hauptphase des Vietnamkriegs, Verteidigungsminister der USA; William Fullbright (1905–1995), 1945 bis 1995 demokratischer Senator; George Ball (1909–1994), amerikanischer Jurist und Diplomat und Ende der 1960er Jahre Sprachrohr der Pazifismusbewegung gegen den Vietnamkrieg.

11 Die Formulierung „Die Frieden ist nicht alles, aber ohne den Frieden ist alles nichts“ – bis heute eine der am häufigsten zitierten Aphorismen Willy Brandts – gebrauchte er erstmals 1981 (Dokument 80 im Band 5 der Berliner Ausgabe).

AUSZÜGE AUS DER REDE DES EHRENVORSITZENDEN DER SPD, WILLY BRANDT, AUF DEM KONGRESS DER INTERNATIONALEN ÄRZTE FÜR DIE VERHÜTUNG DES ATOMKRIEGES (IPPNW) IN BERLIN 28. FEBRUAR 1992[12]

[…]

Wie wir alle wissen, hat der schnelle Lauf der Zeit auch den letzten Präsidenten der Sowjetunion (jedenfalls in dieser Funktion) überholt; und der rasche Zerfall des sowjetischen Imperiums hat die politische Weltkarte (nach 1989) noch einmal ganz wesentlich verändert.[13] Trotz aller Unsicherheiten jedoch, die die neue Weltlage kennzeichnen, scheint eines zumindest gesichert: Auch die jetzige Kremlführung bekennt sich zum Kurs der Abrüstung. Erst im vergangenen Monat haben die Präsidenten Rußlands und der USA eine weitere Reduzierung der „strategischen" Atomwaffen angekündigt[14]; und daß die taktisch genannten Waffenarsenale verschwinden sollen, ist gemeinsam beschlossene Sache.

Freilich drängt sich die Frage auf, ob überall in der früheren Sowjetunion so verfahren wird wie in Moskau verkündet. Angesichts der immensen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie der ökonomischen, sozialen, ethnischen Problemlagen, auch der historischen Belastungen, innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – die eben alles andere als aus einem Guß ist –, kann es keinen von uns gleichgültig lassen, daß durch „Zellteilung" neue Atommächte entstanden sind. Daß die souveränen Republiken Ukraine, Kasachstan und Weißrußland es nicht bleiben wollen, haben ihre Präsidenten zwar unisono kundgetan, doch über die Zeiträume und die Bedingungen des tatsächlichen Atomwaffenverzichts hört man recht Unterschiedliches. Und das bleibt beunruhigend.

Selbst wenn es zutreffen sollte, daß mittlerweile alle „taktischen" Atomwaffen auf das Territorium der Russischen Föderation verbracht sind und dort auch der

12 Abgedruckt als Dokument Nr. 83 im Band 10 der Edition „Willy Brandt – Berliner Ausgabe": Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage, 1982–1992, bearbeitet von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt; dort ausführlichere Annotationen. Originalquelle: Sozialdemokratischer Pressedienst 47 (1992) 45, 5. März 1992, und ebd., Nr. 46, 6. März 1992, S. 4–6.

13 Im Dezember 1991 wurde die Sowjetunion aufgelöst, womit Michail Gorbatschow sein Staatsamt verlor.

14 Am 31. Juli 1991 hatten die USA und die Sowjetunion den START-Vertrag geschlossen. Damit wurden die strategischen Atomwaffenarsenale auf beiden Seiten um ein gutes Drittel reduziert.

berühmte Koffer für – gottlob unvorstellbare – „strategische" Einsätze verwahrt wird, kann wohl niemand dafür seine Hand ins Feuer legen, daß auch alle (der, wie man hört, rund 2.000) Atomwaffenexperten noch dort sind, wo sie vor Jahresfrist waren.

Nicht von ungefähr ist das Fremdwort Proliferation[15] in aller Munde. Denn es gehört wenig Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß Länder mit Atomwaffen-Ambitionen jenen Sachverstand anzapfen wollen. Während laut über Fonds zum wohldotierten Halten sowjetischer Atomexperten nachgedacht wird, laufen – wie berichtet wird – still und leise die Abwerbungsversuche und der Schwarzhandel mit kritischem Material.

Naiv, wer da glaubte, der Herrscher im Zweistromland[16] wäre der einzige Nachfrager von Nuklear-Knowhow gewesen. Daß andere in der weiteren Mittel-Ost-Region bereits weiter waren als der Irak, wußten Kenner der Szene schon vor dem kürzlichen Eingeständnis atomarer Waffenpotentiale in Pakistan. Von zumindest sechs weiteren Entwicklungsländern weiß man, daß sie dicht dran sind an der Atombombe – und im Laufe dieses Jahrzehnts auch ballistische Trägerraketen bauen könnten.

Wenn man überdies um die vergleichsweise einfachen Herstellungsverfahren für chemische und biologische Massenvernichtungswaffen weiß, kann einem fürwahr bange werden – zumal die etablierten Atommächte noch immer übervolle ABC-Waffenarsenale haben.

Keine Frage, im Interesse kollektiver Sicherheit wäre es allemal vernünftig, das Teufelszeug weltweit kontrolliert zu vernichten! Nur – die Welt wird bekanntlich nur sehr bedingt von Vernunft regiert, sondern in hohem Maße von Staaten mit konkurrierenden Interessen – oder was man dafür hält – geprägt. Und in der Staatenwelt halten sich weiterhin nicht wenige an Machiavelli, der seinem „Fürst" riet, „da es schwer ist, beides zugleich zu sein, ist es viel sicherer, gefürchtet als geliebt zu sein." Dennoch wächst auch unter machtbewußten Realisten die Einsicht, daß die Proliferation von Massenvernichtungswaffen (mit mehr oder weniger großer Reichweite) nur durch Systeme der kollektiven Sicherheit verhindert beziehungsweise konterkariert werden kann.

15 Weitergabe, Weiterverbreitung.

16 Willy Brandt spielt an auf den irakischen Diktator Saddam Hussein (1937–2006).

III.

Während in der Ära des Kalten Krieges an kollektive Sicherheit kaum zu denken war – standen sich doch zwei hochgerüstete Bündnissysteme konfrontativ gegenüber –, haben sich die Realisierungschancen zu Beginn der 90er Jahre merklich verbessert. Ein klarer Indikator ist das neuerliche Interesse an den Vereinten Nationen. Selbst an Orten, von denen aus jahrzehntelang – durch Vetomacht – die Weltorganisation daran gehindert wurde, den Zielsetzungen der UN-Charta gerecht zu werden, scheint plötzlich der Geist von San Francisco wieder lebendig zu werden. Was dort einst den Gründungsvätern der Vereinten Nationen vorschwebte, ein kollektives Sicherheitssystem – nämlich eines, das potentielle Friedensstörer durch die Sanktionspotentiale der UNO in die Schranken verweist –, wird mittlerweile nicht nur in New York als Auftrag der Staatengemeinschaft verstanden.

Um etwaige Mißverständnisse zu vermeiden, die durch Assoziationen von UNO und Golfkrieg[17] entstehen könnten, will ich nochmals ausdrücklich betonen: Ein kollektives Sicherheitssystem soll und muß dazu da sein, Kriege zu verhindern! Offenkundig waren die Vereinten Nationen im Golfkonflikt dazu (noch) nicht in der Lage. Dem damaligen Generalsekretär fehlten die personellen und technischen Möglichkeiten, um frühzeitig die Invasion in Kuwait zu vereiteln. Im weiteren Konfliktverlauf erwies sich der Sicherheitsrat zwar als (durchaus auch schnell) beschlußfähiges Gremium, aber das Heft des Handelns geriet ihm nolens volens aus der Hand. Die eigentlichen Entscheidungen wurden bekanntlich nicht in New York, am Sitz und im Rahmen der Vereinten Nationen, getroffen.

Wer über das, was hinter uns liegt, hinaus will, der muß zweierlei anstreben:

- Eine Stärkung der Vereinten Nationen, deren Organe in die Lage versetzt werden müssen, Konflikte frühzeitig zu erkennen, einzudämmen und möglichst mit friedlichen Mitteln zu lösen.
- Zweitens und gleichzeitig müssen regionale Sicherheitssysteme ausgebaut und institutionell verankert werden.

Ich kenne den neuen UN-Generalsekretär, den Ägypter Boutros Boutros Ghali, recht gut und habe keinen Zweifel, daß er beides verwirklichen möchte. Aus seiner langjährigen diplomatischen und politischen Erfahrung weiß er nur zu gut,

17 Gemeint sind der Angriff des Irak auf Kuweit im Jahre 1990 und die Vertreibung der Invasoren durch eine US-geführte Koalition im Auftrag der Vereinten Nationen 1991.

daß in seiner Heimatregion kollektive Sicherheit bislang eine Fata Morgana war – auf den Nahen und Mittleren Osten bezogen – oder – auf Afrika bezogen – bislang überhaupt nicht gegeben war. Und er hat sich nicht zuletzt deshalb um den schwierigen UN-Job beworben, weil er weiß, daß die eklatanten Defizite regionaler Sicherheit einstweilen durch eine handlungsfähige Weltorganisation kompensiert werden müßten.

Ob sich die wohlklingenden Worte beim kürzlichen Gipfeltreffen der Sicherheitsratsmitglieder – nämlich die UNO wesentlich zu stärken – auch in klingender Münze niederschlagen, wird sich Mitte des Jahres erweisen, wenn der Generalsekretär seine Vorschläge zur Reform der Arbeitsweise der Vereinten Nationen unterbreiten soll. Da die ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat zwar voller Selbstvertrauen, aber – durch die Fünferbank – bei knapper Kasse sind, eröffnet [das] vor allem denjenigen, die substantiell zur Funktionstüchtigkeit der Vereinten Nationen beitragen könnten, reale Mitspracherechte. Ich hoffe, daß diese Chance in Bonn und Tokio (anderswo auch noch) erkannt wird – hoffentlich, ohne daß aus verstärktem Engagement gleich Ansprüche auf Zuwachs an formellem Status abgeleitet werden.

Was ich damit meine, ist hoffentlich einsichtig: Niemand wäre damit gedient, wenn neue Vetorechte beansprucht würden, da alle UN-Erfahrung lehrt, daß Vetorechte der Weltorganisation nicht geholfen, sondern sie nicht selten gelähmt haben. Auch ist davon auszugehen, daß deutsche und japanische Ambitionen wohlbegründbare Ansprüche anderer Länder aus anderen Teilen der Welt nach sich ziehen würden. Eingedenk der regionalen Konfliktlagen, in die in diesem Zusammenhang genannte Regionalmächte auf die eine oder andere Weise verstrickt sind, und nicht zuletzt wegen der Atomwaffenproblematik, wäre es fürwahr kontraproduktiv, Vetorechte zu verbreitern. Vetorechte sollten vielmehr verengt oder auf längere Sicht durch bessere Prozeduren ersetzt werden. Im übrigen sollte man sich klarmachen, daß die Zeit für eine große Revision der UN-Charta noch nicht gekommen ist.

Sicherlich ist es lobenswert, daß sich die fünf Vetomächte mittlerweile über Maßnahmen zur Kontrolle von Rüstungsexporten, zur Nicht-Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und wohl auch zur weltweiten Ächtung von C-Waffen verständigt haben. Aber drehen wir uns nicht gleichwohl noch immer im Kreise der Aufrüstungslogik, solange die fünf Etablierten an ihrem Atomwaffen- und zugleich Vetoprivileg festhalten? Ich befürchte, man wird die Verantwortlichen in der Ukraine nicht davon überzeugen können, ihren Atomverzicht

rasch in die Wirklichkeit umzusetzen, solange sie nicht wissen, was anderswo geschieht. Und ich vermute, Frankreich wird sich nicht bewegen, wenn andere es nicht auch tun. Und diese Kettenreaktion – absurd, wie sie uns erscheinen mag – läßt sich über China und den indischen Subkontinent bis sonstwohin weiterverfolgen. Dieser Kreis läßt sich nur durchbrechen, wenn durch Druck von außen und innen die Einsicht wächst, das Teufelszeug abzubauen und Restbestände unter die Kontrolle der Vereinten Nationen zu bringen – was ja auch über regionale Sicherheitssysteme gewährleistet werden könnte.

Besteht nun berechtigter Anlaß zu hoffen, daß jener gefahrenvolle Kreis bald unterbrochen wird? Ich halte das für möglich, weil die „Kreislaufschwachen" kaum anders können, als den Ausstieg aus dem verderblichen Wettlauf anzustreben. Trotz aller Unwägbarkeiten von Ferndiagnosen ist wohl offenkundig, daß man in Rußland – und in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion – verstanden hat, wohin die Ressourcenverschwendung durch das Wettrüsten führt. Doch selbst die USA spüren die Grenzen dysfunktionaler Leistungsfähigkeit. Ohne die – bis dato '89 – vorrangigen Weltmächte noch länger auf die gleiche Stufe stellen zu können, ist es gleichwohl der gleiche Referenzrahmen, der die Beteiligten erkennen läßt, daß militärische Größe nicht mehr ausschlaggebend sein wird für zukünftige Weltgeltung. Man hat begriffen oder wird es noch zu begreifen haben, daß den Weltenlauf nur bestehen kann, wer auf militärischem Gebiet Ballast abwirft, um Anschluß an leichtfüßigere Konkurrenten zu gewinnen.

IV.

Wer 1989 (vorschnell) meinte, die Verlierer des Zweiten Weltkriegs seien die wahren Gewinner des Kalten Krieges, da sie ihre Energien in hohem Maße auf wirtschaftliche Felder verlagerten, wundert sich 1992, wie schwer wir in Deutschland uns tun, jener vermeintlichen „Siegerrolle" gerecht zu werden. Lassen wir außer acht, daß bei der Verwunderung im Ausland mancherorts Schadenfreude mitschwingt, sondern befragen uns, warum die Unbeschwertheit des November '89 so rasch geschwunden ist.

Ich vermute, das erneut verbreitete Gefühl der Unsicherheit erklärt sich nicht allein aus den objektiven und subjektiven Schwierigkeiten, staatliche Einheit in wirkliche Vereinigung umzusetzen. Vielmehr belastet das teils schockartige Bewußtwerden der gesamteuropäischen Problemlage, die uns wahrlich nicht

gleichgültig sein kann: Die Vorgänge vom Sommer letzten Jahres in der Noch-Sowjetunion[18], die aktuelle Wirtschaftskrise in jenem Teil Europas und die durch soziale Anspannungen angeheizten nationalen Konflikte, der Problemdruck in den uns hautnahen Staaten Mittelosteuropas – all das nährt die Sorge vor Migrationsströmen und nicht zuletzt großen finanziellen Anforderungen. Bei der langen Liste der europäischen Sicherheitsrisiken dürfen die höchst unsicheren Atommeiler ebenso wenig vergessen werden wie die Gefahr von nationalistischen Exzessen, wie wir sie im sich auflösenden und zerfleischenden Jugoslawien erleben – ohne daß das übrige Europa bisher fähig gewesen wäre, auf überzeugende Weise konfliktüberwindend tätig zu sein. Und aus gesamteuropäischer Perspektive kann uns auch nicht gleichgültig lassen, was südlich des Mittelmeers passiert – Algerien ist durch die Bindungen zu Frankreich allemal Europa nah.

An gutem Willen, dieses oder jenes gesamteuropäische Risiko abzubauen, besteht kein Mangel: Die Brüsseler EG-Kommission arbeitet auf Hochtouren, um osteuropäischen Staaten Assoziationsvereinbarungen anzubieten. Hilfsprogramme werden aufgelegt, Nahrungsmittel gar per Flugzeug vor Ort gebracht. Auch um politische Vermittlung war und ist man – wenn auch unzulänglich, wie erwähnt – im Südosten bemüht. Die NATO ist über den eigenen Schatten gesprungen und hat einen Kooperationsrat mit ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten etabliert und der kann sich als Ausgangspunkt für sehr viel mehr erweisen.[19]

Was jedoch fehlt, ist die große Linie einer integrativen gesamteuropäischen Konzeption. Weder gibt es so etwas wie einen Marshall-Plan, der kalkulierbare Transferleistungen zum längerfristigen (Wieder-)Aufbau leistungsfähiger Wirtschaften in Aussicht stellt, noch bestehen klare Überlegungen, wie langfristig kollektive Sicherheit gestaltet werden soll. Die KSZE wächst horizontal, aber der institutionelle Tiefgang ist weiterhin flach. Europas fürwahr unterentwickelte Fähigkeit zur Selbststeuerung offenbart sich in Hilfeersuchen an die UNO – wie im jugoslawischen Nationalitätenkrieg. Und es bleibt nun einmal ein schrecklicher Widerspruch, daß der Westen zwar fähig war, den Emir von Kuwait wieder in seine Macht einzusetzen, nicht aber fähig, auf die Gesundung der ehemals

18 Im August 1991 war ein Putschversuch konservativer Kräfte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) gegen Staatspräsident Michail Gorbatschow misslungen.

19 Der Nordatlantische Kooperationsrat war Ende 1991 von der NATO ins Leben gerufen worden. Er sollte die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion institutionalisieren.

sowjetischen Republiken einigermaßen konstruktiv und entschlossen hinzuwirken.

Wohlwissend, daß die Veränderungen der europäischen Landkarte alle Staaten überrascht und letztlich unvorbereitet getroffen haben, macht es wenig Sinn, die objektiven Defizite der Problembewältigung in subjektive Schuldzuweisungen umzumünzen. Vielleicht erwächst aus den aktuellen Schwächesymptomen Europas immerhin eine neue Empathie für die seit langem „gebeutelten" Entwicklungskontinente. Mithin ein gemeinsames Interesse an leistungsfähigen Vereinten Nationen, die es verdient hätten, daß ihren schwächsten Gliedern zumindest ein ansehnlicher Teil der „Friedensdividende"[20] gutgeschrieben wird.

20 „Friedensdividende" meint den Betrag, der in den Staatshaushalten durch die Reduzierung der Militärausgaben nach Ende des Kalten Krieges eingespart werden sollte.

PUBLIKATIONSREIHEN DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

SCHRIFTENREIHE DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1
Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2
Politik für Berlin – Willy Brandt 1957–1966
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3
Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4
Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5
Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6
Das Willy Brandt-Bild in Deutschland und Polen
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7
Perspektiven aus den Exiljahren
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8
Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9
Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivilgesellschaft"
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10
Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die deutsch-amerikanischen Beziehungen
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11
Peter Glotz: Willy Brandts Charisma
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12
Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund (dt.-griech.)
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13
Hans Arnold: Willy Brandt und Europa
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14
Willy-Brandt-Gespräch 2006: „Mehr Demokratie wagen" (1969) – „Mehr Freiheit wagen" (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15
Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

Heft 16
Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

Heft 17
Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit. Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr
Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

Heft 18
Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont“ (Willy Brandt Lecture 2008)
Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

Heft 19
Peter Merseburger: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0

Heft 20
Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz? Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren Grundgesetz und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

Heft 21
Erhard Eppler: Finanzkrise, Klimakrise und Staatszerfall. Was wird aus der Einen Welt?
(Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009)
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-20-1

Heft 22
Mohammed ElBaradei: Der Weg in eine sicherere Welt (Willy Brandt Lecture 2009)
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-21-8

Heft 23
Wolfgang Huber: Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild
(Willy Brandt Lecture 2010)
Berlin 2011, ISBN 978-3-933090-22-5

Heft 24
Geert Mak: „Das erstarrte Europa“ – Ursachen und Auswege
(Willy Brandt Lecture 2011)
Berlin 2012, ISBN 978-3-933090-23-2

Heft 25
Willy Brandt: „Das Überleben sichern“ – die Einleitung zum Nord-Süd-Bericht mit einer Einführung von Dirk Messner
Berlin 2013, ISBN 978-3-933090-24-9

Heft 26
Wolfgang Schmidt: Aus historischer Verantwortung, moralischer Verpflichtung und politischer Überzeugung. Wie sich Bundeskanzler Willy Brandt um Israel und den Frieden im Nahen Osten bemühte
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-25-6

Heft 27
Willy Brandt – Stimmen zum 100. Geburtstag
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-26-3

Heft 28
Corine Defrance/ Ulrich Pfeil/ Andreas Wilkens (Hrsg.): Willy Brandt – un projet pour l’Allemagne
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-27-0

Heft 29
„… auf ’ne gute Zukunft für die soziale Demokratie …“. Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989 in Ost-Berlin. Eine Dokumentation mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel und einer Einleitung von Wolfgang Schmidt
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-28-7

Heft 30
Jan Eliasson: Eine Welt in Aufruhr und Wandel: Herausforderungen an die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten
(Willy Brandt Lecture 2014)
Berlin 2015, ISBN 978-3-933090-29-4

Heft 31
Fritz Stern: Freiheit und Exil – Heinrich Heines Welt und die Unsere
(Willy Brandt Lecture 2015)
Berlin 2016, ISBN 978-3-933090-30-0

Heft 32
Federica Mogherini: Wir müssen zusammenstehen – die Europäische Union in schwierigen Zeiten
(Willy Brandt Lecture 2016)
Berlin 2017, ISBN 978-3-933090-31-7

Heft 33
Frank-Walter Steinmeier
(Willy-Brandt-Rede Lübeck 2018)
Berlin 2019, ISBN 978-3-933090-32-4

Heft 34
Ulrich Schöler: Gegen Ebert, für Luxemburg? Willy Brandts Urteil über die Novemberrevolution
(Vortrag gehalten am 16. Januar 2019 im Forum Willy Brandt Berlin)
Berlin 2019, ISBN 978-3-933090-33-1

Heft 35
Beatrice Fihn: Deutschland und das internationale nukleare Abrüstungsregime
(Willy Brandt Lecture 2020)
Berlin 2021, ISBN 978-3-933090-34-8

Die PDF-Dateien der Hefte können von der Homepage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter willy-brandt.de heruntergeladen werden.

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von **Helga Grebing**, **Gregor Schöllgen** und **Heinrich August Winkler**

Band 1
Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940, bearbeitet von **Einhart Lorenz**
Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2
Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947, bearbeitet von **Einhart Lorenz**
Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3
Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966, bearbeitet von **Siegfried Heimann**
Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4
Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972, bearbeitet von **Daniela Münkel**
Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5
Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992, bearbeitet von **Karsten Rudolph**
Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6
Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, bearbeitet von **Frank Fischer**
Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7
Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974, bearbeitet von **Wolther von Kieseritzky**
Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8
Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearbeitet von **Bernd Rother** und **Wolfgang Schmidt**
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

Band 9
Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982, bearbeitet von **Frank Fischer**
Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10
Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearbeitet von **Uwe Mai, Bernd Rother** und **Wolfgang Schmidt**
Bonn 2009, ISBN 3-8012-0310-7

Die PDF-Dateien der zehn Bände können von der Homepage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de heruntergeladen werden.

WILLY-BRANDT-STUDIEN

Band 1
Daniel F. Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

Band 2
Robin M. Allers: Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966–1974)
Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

Band 3
Andreas Wilkens (Hrsg.): Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung
Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0392-4

Band 4
Friedhelm Boll/ Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen
Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0407-5

Band 5
Bernd Rother (Hrsg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse
Bonn 2011, ISBN 978-3-8012-0414-3

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1
Willy Brandt: Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946, bearbeitet von **Einhart Lorenz**
Bonn (2. Aufl.) 2008, ISBN 978-3-8012-0380-1

Band 2
Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte, herausgegeben und eingeleitet von **Klaus Schönhoven**
Bonn 2012, ISBN 978-3-8012-0426-6

Band 3
Willy Brandt / Helmut Schmidt: Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992), herausgegeben und eingeleitet von **Meik Woyke**
Bonn 2015, ISBN 978-3-8012-0445-7

Band 4
Willy Brandt: Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa, herausgegeben, übersetzt und eingeleitet von **Einhart Lorenz**
Bonn 2018, ISBN 978-3-8012-0535-5

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

BILDNACHWEIS

Beatrice Fihn
© Jo Straube: Cover, S. 20
Wolfgang Thierse während der Willy Brandt Lecture 2019
© Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung: S. 12
Trinity-Test
Wikipedia-gemeinfrei, Berlyn Brixner/Los Alamos National Laboratory: S. 16
Willy Brandt als Redner bei Friedenskundgebung im Bonner Hofgarten, 1983
© Bundesregierung/Guenay Ulutucok: S. 36

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Fihn, Beatrice: Deutschland und das internationale nukleare Abrüstungsregime
(Willy Brandt Lecture 2020)
[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].
1. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2021
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 35)
ISBN 978-3-933090-34-8

**Atomwaffen entscheiden nicht.
Wir selbst entscheiden, ob die Existenz
dieser Waffen weiterhin ermöglicht
oder ob es den Atomwaffen schwerer
gemacht wird, die Menschheit
auch in Zukunft zu bedrohen.**
Beatrice Fihn

ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-34-8
www.willy-brandt.de

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d.ö.R.
Wilhelmstraße 43
D-10117 Berlin